

info aus der roten flora
Nr. 42
Oktober 95
kostet immer noch nix!



radikal weitermachen !
weg mit §§ 129, 129a !!
Knastkundgebungen:
30. 9. in Neumünster
14. 10. in Lübeck
28. 10. in Neumünster

Ein fröhliches Hallo !!

Die Oktoberausgabe dokumentiert deutlich das Ende des autonomen linksradikalen Sommerlochs. Der Schwerpunkt dieser Ausgabe liegt bei den Texten über die Soliarbeit zu den vom Staatsschutzangriff am 13. 6. Betroffenen. Gefreut haben wir uns aber auch über den Text vom Ex-Flora-Plenum und die Erklärung des K.O.M.I.T.E.E. vom 6. 9. 95. Die gibt es zwar auch als Flugblatt, hat aber unserer Meinung nach in HH bisher kaum Verbreitung gefunden, so daß wir diese in die Zeitung reingenommen haben.

Was in der Zeitung fehlt, ist etwas zum Faschoanwalt Rieger, der bekanntermaßen Ende August angegriffen worden ist. Ein Genosse, der in diesem Zusammenhang verhaftet wurde, saß einige Wochen im UG Holstenglacis und ist am 20. 9. 95 erfreulicherweise wieder entlassen worden.

***

Ansonsten wünschen wir euch einen schönen Oktober. Für uns bedeuten 32 Seiten den finanziellen Ruin - für euch hoffentlich viel Lese- und Diskussionsfutter! (Also: spendet gebrauchte, möglichst echte Banknoten oder manipulierte Telefonkarten!).

inhalt

2 - schnickschnack
3 - kurzmeldungen
6 - kurzmeldungen zu antira
7 - brief von ralf aus der jva
9 - bremer frauen/ lesbensoliaufruf
- kritische solidarität und solidarische kritik
11 - gemeint sind wir alle, doch wer sind eigentlich alle ?
12 - überlegungen der zeck zur soliarbeit
18 - autonome klären auf
19 - knapp daneben ist auch vorbei erklärung des K.O.M.I.T.E.E.
21 - bomben für den natofrieden
22 - angeblich keine folter in spanien zur situation von benjamin ramos vega
23 - hungerstreikerklärung von christian klar
24 - das floraplenum gibt`s (so) nicht mehr
28 - veröffentlichungen zu den ereignissen in der kampstraße 7
29 - news von laue - nimm 2 informiert
31 - anzeigen
32 - termine

Kontakt:

Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg.

Die Redaktion freut sich über die Zusendung eurer Beiträge (möglichst auf Diskette mit beiliegenden Ausdruck; Disketten können nicht zurückgegeben werden!).

Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats.

Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 20 DM pro Quartal. Geld in einen Umschlag an: Zeck, Aboabteilung, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es - soweit vorhanden - gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).

Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

Spenden: Je nach Umfang der Ausgabe haben wir eine Deckungslücke von 150-200 DM (pro Ausgabe!). Deswegen sind wir <u>dringend</u> auf eure Spenden angewiesen. Wenn euch also das Erscheinen der Zeitung nicht ganz egal ist, dann laßt uns etwas zukommen! Sammelt & Spendet Geld, macht Soliparties & Konzerte.

V.i.S.d.P.: Andreas Maigroff, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg.

Eigendruck im Selbstverlag

Lokalkoloratur



Unglaublich – **Johannes Mertens**, Hamburger Bürgerschaftsabgeordneter der CDU, gehört zum treuen Kreis der LeserInnen der Rote-Flora-Hauspostille *Zeck*. Genau gelesen hat der 60jährige Politiker beispielsweise einen im Juli diesen Jahres erschienenen *Zeck*-Artikel. Damals hatte das Blatt einen Vorbericht über die „Homolandwoche" in Blekkede, einem alljährlich stattfindenden Treffen für „Schwule aus linksradikalen, autonomen (...) oder sich dahingezogenen Zusammenhängen" veröffentlicht. Und weil als Kontakttelefonnummer nun gerade der Anschluß des Ottenser Kulturzentrums „Motte" genannt wird, befürchtet unser rechtsschaffender Parlamentarier das Allerschlimmste:

In einer kleinen Anfrage an den Senat schlußfolgert er kühn, „daß aus öffentlichen Mitteln geförderte Kultur-Zentren als Hilfseinrichtungen für Linksradikale und Autonome genutzt werden, deren Tätigkeit auch darauf gerichtet ist, Anschläge und Kriminalität zu organisieren, so daß am Ende der Steuerzahler dieses kriminelle Treiben subventioniert." Nun will Oberstudiendirektor Mertens vom Senat genau wissen, was jener gegen diesen unglaublichen Mißbrauch von Steuergeldern zu tun gedenke. Alles klar: autonom (pfui!) plus linksradikal (ogottogott!) plus schwul (igitt!) gleich kriminell – eine Gleichung, die in einigen christdemokratischen (Schwach)köpfen hervorragend aufgeht. Wir jedenfalls danken dem aufrechten Abgeordneten für diesen unglaublich wertvollen Beitrag zur politischen Kultur.

mac

(aus: taz, 13.9.95)

Veranstaltung:

1945-1995
Deutschlands Umgang mit den NS-Verfolgten

Am Verhalten gegenüber den NS-Verfolgten werden ideologische wie politische Abgrenzungen und Kontinuitäten erkennbar, die nicht nur die Geschichte der Bundesrepublik geprägt haben, sondern auch ihre Gegenwart und Zukunft bestimmen. Zu einem Zeitpunkt, an dem Deutschland im Namen von Humanität und Menschenrechten angefangen hat, erneut Krieg zu führen, wollen wir untersuchen, wie es um die Rechte der Menschen steht, denen Deutsche ihre Menschenrechte nahmen. Hierfür scheint uns gerade der 3. Oktober ein geeignetes Datum zu sein.

Vorträge:
Entschädigung für NS-Verfolgte. Indikator für Vergangenheit und Zukunft der BRD. Rolf Surmann.
Das Verhalten gegenüber den NS-Verfolgten. Ein historischer Aufriß. Elsa Werner und Stefan Romey.
Sozialrassismus. Der Umgang mit Zwangssterilisierten und Euthanasie-Opfern. Antje Kosemund und Michael Wunder.
NS-Verfolgte nach 1945. Bilanz und Perspektive. Karl-Heinz Roth.
Gibt es Chanchen der gesellschaftlichen Intervention? Christina Kukielka.
Veranstalterin: Hamburger Intitiative Anerkennung aller NS-Opfer.
Ort: Haus für alle, 3.10.95,
19 Uhr.

Wiedereröffnung der B5 am 14. Oktober!

Um 18 Uhr geht's los mit Kaffee und Kuchen. Gruppen, die den Laden tragen stellen sich vor. Abends dann Fete !
Bis jetzt gibt es folgende öffentliche Treffen/ Veranstaltungen in der B5 :
. Cafe und aktuelle Informationen zu Kurdistan, jeden Dienstag ab 16 Uhr (ab 17.10)
. Ladenplenum, Dienstag 18 Uhr, 14-tägig (nächstes mal am 10. 10)
. Frauen-Vokü jeden ersten Donnerstag im Monat
. Antifa Cafe, Freitags 19 Uhr, 14-tägig (nächstes mal am 13. 10)
. Frauen-Disco, jeden 1. Samstag im Monat
Demnächst mehr dazu.
Kommt zur Eröffnung, bis denne !!
B5-KuKuC e.V., Brigittenstraße 5,
20359 Hamburg





Verfassungsschutz-Anwerbeversuch in der Antifa

Einen erfolglosen Anwerbversuch hat das "Landesamt für Verfassungsschutz" zu verbuchen. Betroffen war ein im Antifa-Bereich aktiver Mensch.
Einzelheiten der vergeblichen Spitzelanwerbung sind dem jetzt erschienen Flugblatt dazu im Aktuell-Ordner des Schwarzmarktes zu entnehmen.



Kein Grund zum feiern!

Das nächste Wochenende bietet zwei Demos im zeitlich abgestimmten Doppelpack:
Am 2.10. "Gegen Faschismus und Klassenjustiz", mit thematischem Schwerpunkt zur Repression gegen KurdInnen, den organisierten Antifaschismus und anläßlich der Razzia vom 13.6.. (Agit-Prop-Aktion am Markt/Gänseliesel um 12:30 Uhr, um 17:30 Demo vom selben Platz in Göttingen. Helme polieren!). Am 3.10. folgt in Düsseldorf (13 Uhr, Schloßturm) die Demonstration gegen die alljährlich in verschiedenen Städten ausgerichteten Einheitsfeiern. Ein Schwerpunkt soll der BRD-Kriegseinsatz in (ex)-Jugoslawien sein.



Autonome Sanität Hamburg informiert:

Hurra, wir leben noch!
Trotz anderslautender Gerüchte sind wir, die Autonome Sanität HH, jederzeit freudig erregt, auch mit deiner Bezugsgruppe einen Sanikurs durchzuführen. Solltet ihr Interesse daran haben, so laßt es uns doch bitte über unser Fach im Schwarzmarkt (mit Terminvorschlägen) wissen. Kost nix und ist immer wieder prima!

U. Site Soundsystem und Nimm 2 geben bekannt:

Der von uns veranstaltete *„Radikal weitermachen"* - Rave auf dem Laue-Gelände (16.9.) hat 4500 Mark Überschuß für die am 13.6. bei der bundesweiten Razzia gegen linksradikale Projekte verhafteten und seitdem verfolgten GenossInnen eingebracht. Das Geld wurde inzwischen auf das Spendenkonto (spendet!: Netzwerk Lübeck e.V., Ökobank e.G. (BLZ 500 901 00), Kto: 172 936, Stichwort: Rechtshilfefonds) überwiesen. Wir danken allen Beteiligten.

Radikal weitermachen!
Freiheit für Andreas, Ralf, Rainer, Werner und Ulf!
Weg mit § 129a!
Liebe Grüße an alle Menschen im Exil.

LesbenFrauenbauwagenkaravane 5/6, 1996

"wir wollen umherziehen mit Bauwägen, Ellis, Treckinnen, Fahrrädern...
ca. 2 Monate (vielleicht) Mai/ Juni"
Einladung zum 1. Orgatreff am 27. - 29. Oktober in Hamburg auf dem Landlesbenplatz (näheres bei Anmeldung)
Kontaktadresse: (war nicht richtig zu lesen; wahrscheinlich:)
La tifa, Bauwagenplatz Jheringstr., 3708(?) Göttingen, 0551-60051
1x im Monat Treffen, Anmeldung dringend erforderlich, Anmeldeschluß ist der 16. 10. 95

flora standard issue.

Cafeöffnungszeiten: Mo 17-21 Uhr, Di-Do 16-21 Uhr und bei Veranstaltungen. Mo 16-19 Uhr Archiv der sozialen Bewegungen, Fotoarchiv, 18-20 Uhr Motorradselbsthilfe, 20 Uhr vegane Fokü; Di ab 16 Uhr Dub Cafe, 18-19.30 Uhr Sprechzeit der Veranstaltungsgruppe (u.a. Terminvergabe und Koordination von Kulturellem); Mi 16-19 Uhr Archiv der sozialen Bewegungen, Fotoarchiv, 20 Uhr Foküessen; Do 16-19 Uhr Infocafe (u.a. Raumvergabe für Veranstaltungen und für feste Nutzung), 17-19 Uhr Fahrradselbsthilfe; Sa 11.30-15 Uhr vegetarisches Frühstück, 16-19 Uhr Fahrradselbsthilfe;

So jeden 4. Sonntag im Monat FrauenLesben-Fruhstuck, ab 12 Uhr



Türkische Faschisten ermorden Kurden in Neumünster

Am Sonntag, den 3. 9. 95 wurde der Kurde Sedat Kalan in Neumünster ermordet. Es handelte sich hierbei nicht, wie von der Polizei und großen Teilen der Presse verbreitet wurde, um einen Überfall von Kurden auf ein türkisches Restaurant, sondern um einen brutalen Überfall der faschistischen türkischen "Grauen Wölfe".
Bereits am 2. 9. 95 war es in Neumünster, wie auch in einigen anderen Städten der BRD, zu gezielten Angriffen von Kurdinnen und Kurden durch türkische Faschisten gekommen. Menschen wurden durch die Straßen gehetzt und verprügelt. Am Sonntagabend erreichte dieser Terror mit dem Mord an Sedat Kalan seinen Höhepunkt.
Anhänger der faschistischen türkischen MHP (Nationale Bewegungspartei), die sog. "Grauen Wölfe", fuhren mit Autos bei dem Restaurant "Kochlöffel", indem sich vier Kurden aufhielten vor und griffen sofort zwei Kurden, die sich noch vor dem Restaurant befanden an. Einer aus der Gruppe der ca. 15 Türken zeigte dabei auf Sedat Kalan und sprach ihn mit Namen an. Danach zog er eine Pistole und tötete ihn mit gezielten Schüssen. Zwei der anderen Kurden, die aus dem "Kochlöffel" zu Hilfe kommen wollten, wurden durch weitere Schüsse schwer verletzt. Augenzeugen berichteten, daß mindestens drei der türkischen Faschisten bewaffnet waren. Der Ablauf des Überfalls und das gezielte Benennen der Person, die dann erschossen wurde, zeigen deutlich, daß es sich hier um einen geplanten Mord an einem Kurden handelt.
Der Mordanschlag in Neumünster steht nicht allein. In letzter Zeit häufen sich die Angriffe auf Kurdinnen und Kurden, wie zum Beispiel die Brandanschläge auf kurdische Einrichtungen in Ulm, Bielefeld und Mühlheim. Die Gründung faschistischer Tarnorganisationen wird sowohl vom türkischen Geheimdienst als auch von der Botschaft und den Konsulaten unterstützt: in Moscheen, Sportvereinen und Gemeinden werden türkische Jugendliche ausgebildet und bewaffnet. Sie dienen dann als brutale Helfer im Kampf gegen die "Feinde der Türkei". Ihrem blutigem Terror wird besonders in letzter Zeit durch die Kriminalisierung des kurdischen Befreiungskampfes und die massive Anti-PKK-Propagande der deutschen Regierung politischer Rückhalt geboten. Durch die militärische Stärke und die offenen Verhandlungsangebote für eine politische Lösung des Konfliktes durch die PKK in Zugzwang geraten, versuchen sie nun alles, um eine antikurdische Stimmung zu forcieren, indem sie die Terroranschläge den Kurden "in die Schuhe schieben".
Die deutsche Polizei spielt hier bereitwillig mit. So übernahm sie in ihrer Presseerklärung die Schilderung der türkischen Faschisten und stellte diese als ihre "Ermittlungsergebnisse" vor. Anstatt gegen die Angreifer zu ermitteln, wird der Mord der Öffentlichkeit als "Notwehr gegen angreifende Kurden" verkauft.
(Presseerklärung des Demonstrationsvorbereitungskomitees vom 5.9. 95)
***
Am 6. 9. 95 hat sich die türkische Botschaft in Bonn eingeschaltet. Sie versuchte bei der Polizei die Herausgabe des Leichnams zu erreichen, um ihn selbst in die Türkei zu überführen. Das kurdische Komitee in Neumünster äußerte die Vermutung, "daß die Türkei eine ordentliche Beisetzung verhindern will, wie es bereits 1994 bei dem in Hannover erschossenen kurdischen Jugendlichen Halim Dener der Fall gewesen ist". Damals hatten türkische Sicherheitskräfte eine deutsche Delegation, die die Beerdigung in der Türkei beobachten wollte, behindert und den Leichnam entführt. (Quelle: jW, 8. 9. 95)

Wegen dem Mord an Sedal Kalan fand am 9. 9. 95 fand in Neumünster ein Trauermarsch statt, an dem sich 8000 Menschen beteiligten.



Trauermarsch für Seyfettin Kalan

Gary Lauck in Hamburg

Am Dienstag, den 5.9.95 hat das langwierige Hick-Hack um die Auslieferung des US-Amerikanischen Neonazi Gary Lauck von Dänemark nach Deutschland sein Ende gefunden. Nachdem in jüngster Vergangenheit sein Begehren nach politischem bzw. humanitärem Asyl abgelehnt worden ist, ist er jetzt aus der Auslieferungshaft im dänischen Roskilde der Hamburger Justiz übergeben worden.
Daß es somit einen Neonazi weniger in Dänemark gibt, trifft innerhalb der dortigen Bevölkerung grundsätzlich auf eine positive Resonanz. Es bleibt aber zu befürchten, daß die Neonazis in Dänemark weiterhin versuchen werden, dort einen wichtigen internationalen Strukturpunkt zu schaffen, für den Gary Lauck Kontakte hergestellt hat.
Da es durchaus sein kann, daß Neonazis die Inhaftierung des NSDAP/AO-Führers Lauck zum Anlaß nehmen, ihm mittels einer Kundgebung vor dem UG ihre Unterstützung auszusprechen und dabei ihre rassistische Propaganda unter die Leute zu bringen, gibt es ein Mobilisierungskonzept autonomer Antifagruppen, mit dem Neonaziaktivitäten entgegengetreten werden soll. Treffen von Neonazis am UG sollten umgehend dem Antirassistischen Telefon (431587) gemeldet werden, das eine Telefonkette auslösen wird, um dann zu versuchen, eine Kundgebung der Neonazis zu verhindern. Was dann möglich sein wird zu tun, wird von der Situation vor Ort abhängen.
Auf jeden Fall soll Gegenöffentlichkeit geschaffen und auch die Inhaftierten des Untersuchungsknastes darüber aufgeklärt werden, wer da mit ihnen einsitzt.
Treffpunkt für alle AntifaschistInnen ist das Libertäre Zentrum in der Karolinenstraße 21, Hinterhof.
Kontakt über den Antifaschistischen Arbeitskreis "Lauck to Hell" c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46.

Augen auf!

bei Neonazi-Aktivitäten könnt ihr uns über das

ANTIRASSISTISCHE TELEFON (431587)

erreichen.

Werdet aktiv gegen Neonazis!
beteiligt Euch an den antifaschistischen Aktivitäten!

gegen Nationalismus, Sexismus und Kapitalismus!

Offener Brief an die Off-limits Redaktion

Erstmal vorweg:
Wir finden, daß die Off-Limits eine interessante und wichtige Zeitung ist, die mit ihren Beiträgen zur herrschenden Asylpolitik, zu den rassistischen Strukturen dieser Gesellschaft und auch über die Situation in den Herkunftsländern vieler Flüchtlinge umfassend informiert und wichtige Anstöße in der theoretischen Diskussion gibt.
Sie ist für den Aufbau antirassistischer Strukturen unverzichtbar, wobei besonders der zum Teil vorhandene lokale Bezug (siehe z.B. Berichte über Glasmoor) die Wichtigkeit Eurer Zeitung für die Situation in Hamburg noch einmal unterstreicht.
Wir sagen dies, um deutlich zu machen, daß unsere folgende Kritik (die eher eine Frage ist) in jedem FALL eine solidarische ist.
Uns ist aufgefallen, daß Ihr nichts über den militanten Widerstand gegen die herrschende Asylpolitik veröffentlicht, den es an verschiedenen Punkten gibt, wie z.B. Anschläge der Revolutionären Zellen und der Roten Zora gegen Firmen, die Freßpakete an Flüchtlingsheime liefern und so von der rassistischen Asylpolitik profitieren (Oktober bzw. Juni '94), die Aktion gegen den Leiter einer ZAST in Oldenburg, dessen Auto in Brand gesetzt wurde und die Aktion gegen den Wachschutz WAKO-Nord, der im Abschiebeknast Glasmoor eingesetzt ist (beide im Herbst '94)
Weiter drei Aktionen in Hamburg im März '95 gegen den Security-Service Kötter (Wachschutz im Abschiebeknast Büren), gegen den Planungsreferenten der Justizbehörde (und somit verantwortlich für den Bau von Glasmoor) und gegen den damaligen Justizsenator Klaus Hardraht.
Als antirassistische Zeitung, die von vielen verschiedenen Menschen gelesen wird, erwarten wir aber von Euch, daß Ihr über die vielfältigen Formen von Widerstand berichtet oder sie dokumentiert. Wir würden gerne wissen, warum Ihr den militanten Widerstand ausklammert.
Wir denken, daß die Gefahr besteht, daß Ihr damit der staatlichen Spaltungspolitik in "gutgemeinte humanitäre Unterstützung" und "terroristische Gewalttäter" das Wasser reicht. Diesem müssen wir uns durch eine offene, solidarische Diskussion über die verschiedenen Widerstandsformen entgegenstellen. Für uns ist das Verstecken und die sonstige Unterstützung von Flüchtlingen ein ebenso wichtiger Beitrag wie eine militante Aktion gegen eine Einrichtung, die die Abschiebepolitik in die Tat umsetzt.
In dem einen Fall stellen wir uns Seite an Seite mit den von Abschiebung oder vom Knast bedrohten Menschen, in dem anderen Fall wird die Verantwortung derer aufgezeigt, die im Räderwerk des Rassismus für einen möglichst reibungslosen Ablauf sorgen und es wird ihnen durch militanten Widerstand oft auch materieller Schaden zugefügt.
Eine starke antirassistische Bewegung, die wir uns vorstellen, zeichnet sich durch vielfältige Möglichkeiten des Eingreifens aus, zu denen auch militante Aktionen gehören.
Da Ihr es nicht für nötig befunden habt einen Brief von uns mit fast identischem Inhalt in der Off-Limits abzudrucken oder gar nur zu erwähnen, wählen wir jetzt diesen Weg eines offenen Briefes und warten weiterhin auf eine Stellungnahme eurerseits.
Gerade als Reaktion auf die Repression gegen Leute aus Berlin wegen der mißglückten Sprengung des Abschiebeknastes Grünau ist die Dokumentation militanter Aktionen einerseits und die Diskussion über militanten antirassistischen Widerstand andererseits um so wichtiger.
Mit solidarischen Grüßen,
eine autonome Gruppe aus Hamburg

Tribunal gegen die Unfreie und Abschiebestadt Hamburg

Vom 3. bis 5. 11. 95 wird das Tribunal gegen die Unfreie und Abschiebestadt Hamburg stattfinden. Veranstaltungsort ist der Gemeindesaal der Osterkirche (Adresse: Bei der Osterkirche, 22765 Hamburg-Altona)
Das Tribunal erfolgt in Anlehnung an die Prozeßordnung eines ordentlichen Gerichtes. Dies betrifft einerseits die Abfolge (Verlesung der Anklage, Beweisaufnahme, Plädoyers, Urteilsfindung und -verkündung) und andererseits die strikte Orientierung an bestehenden Rechtsnormen. Dies ist naheliegend, da, unserer Meinung nach, in beträchtlichem Umfang Rechtsbrüche internationaler Vereinbarungen, des Grundgesetzes und nachgeordneter Gesetze und Verordnungen tatsächlich vorliegen. Darüberhinaus ist das Tribunal politisch motiviert. Durch eine möglichst breite Öffentlichkeit soll politischer Druck auf eine den Menschenrechten entsprechende Gesetzgebung und behördliche Praxis ausgeübt werden. Diese Wirkung soll durch ein Rahmenprogramm mit Ausstellungen, Informationstischen und parallelen Aktionen außerhalb der Osterkirche verstärkt werden.
Die juristischen Einschätzungen und politischen Überzeugungen, welche wir hier, innerhalb des Rahmenprogramms oder an anderer Stelle äußern, stellen in Bezug auf das Tribunal keine Vorverurteilungen dar, da wir nur als Veranstalter auftreten. Das Urteil wird von einer unabhängigen Jury gefällt.
Es werden Fälle zur Anklage gebracht, in denen sich der Senat und nachgeordnete DienststellenleiterInnen, Teile der Bürgerschaft und RichterInnen der "Freien" und Hansestadt Hamburg des Unrechts an Flüchtlingen und MigrantInnen schuldig gemacht haben. Dies betrifft im einzelnen: Abschiebung, Abschiebehaft, Unterbringung, den Status der minderjähriger, unbegleiteter Flüchtlinge sowie die unrechtmäßige Vorenthaltung von Bildung.
Termine:
Freitag, 3. 11.; 17:00 - 21:00
Samstag, 4. 11.; 9:00 - 18:00
Sonntag, 5. 11.; 9:00 - 18:00

Weg mit den Abschiebeknästen! Gegen Abschiebehaft und Abschiebepolitik!

Veranstaltung mit VertreterInnen der Glasmoorgruppe Hamburg
*Videofilm zum Abschiebeknast Glasmoor
*Aktuelle Situation
*Chronik seit Bestehen des Abschiebe knastesGlasmoor
*Widerstand drinnen und draußen
*Allgemeiner Überblick und Information zu Abschiebehaft und Abschiebeknästen

Zinnschmelze (Maurienstr. 19/U-Bahn Barmbek) am 17.10. um 19.30

Diese Veranstaltung findet im Rahmen der Aktionswochen gegen Abschiebeknäste und Abschiebepolitik statt.
Neben diesen Informationsveranstaltungen, die in verschiedenen Städten Norddeutschlands laufen, sind für Oktober/November noch zahlreiche weitere Aktionen geplant. Achtet unbedingt auf kurzfristige Ankündigungen!
Die Sonntagsspaziergänge zum Abschiebeknast finden weiterhin statt.
Treffpunkt 14 Uhr Haus für Alle Amandastr. 58 14 Uhr (möglichst mit Auto)
15 Uhr Glasmoorstraße/Am Glasmoor in Norderstedt
Am 11. November wird eine Demo zum Abschiebeknast Glasmoor den vorläufigen Höhepunkt darstellen.
Treffpunkt: Schmuggelstieg (U-Bahn Ochsenzoll) 11 Uhr

Brief von Ralf aus der JVA Neumünster

Ich habe schon viele Versuche unternommen, etwas aus dem Knast nach draußen zu schreiben, habe aber alle Entwürfe wieder verworfen. Das hat verschiedene Gründe gehabt. Von Anfang an war es mir ein Bedürfnis, allen Menschen draußen etwas davon zu vermitteln, was der Angriff vom 13.6. für mich bedeutet hat, wie meine Situation im Knast ist/war, wie ich damit zurecht komme, was ich mir wünsche und erträume usw. Gescheitert bin ich zunächst an dem Anspruch an mich, etwas zu schreiben, was "etwas aussagt", eine Einschätzung des 13. 6. 1995 zu liefern, die über das Allgemeine hinausgeht. Der Mangel an Infos, die Konfrontation mit Knast und der Drohung, diese Umgebung für länger um mich zu haben, diese ganz persönliche Auseinandersetzung mit Ängsten, Wut, Kraft entwickeln und bewahren und auch nach draußen zu senden, das Einrichten in den neuen Alltag, der Verlust der Nähe zu den geliebten Menschen. All das hat immer wieder dazu geführt, daß die Entwürfe wieder verworfen wurden. Dazu kommt noch der Umstand, daß ich mich im derzeitigen Stand des Verfahrens auch nur schwer zu dem Konstrukt "kriminelle Vereinigung radikal" äußern kann, ohne an die Grenze der Einlassung zu stoßen. Ich habe erfahren, daß es zur Zeit draußen eine, wie ich finde, sehr wichtige Beschäftigung mit der Aussageverweigerung gibt. Dazu von mir zunächst nur soviel: Von Anfang an war für mich in diesem Verfahren klar, daß ich keine Angaben zur Sache mache. Ich habe mich bisher nur in der Haftbefehlseröffnung am 13. 6. nach Rücksprache mit meiner Anwältin zu persönlichen Umständen geäußert, die den Vorwurf der Fluchtgefahr betrafen, also Studium, Wohnverhältnisse, Arbeit. Entgegen allen Erfahrungen und Überzeugungen blieben diese Angaben ein kleiner (absurder) Hoffnungsstrohhalm, den ich angesichts der Situation akzeptieren konnte und kann. Das ist bei Angaben zur Sache anders. Jede Anklage bzw. jedes Ermittlungsverfahren verfolgt das Ziel einer Verurteilung, und um dieses Ziel zu verwirklichen, benötigt die Anklage Hinweise, Indizien, Beweise. Und jede Aussage hilft ihnen, neue Hinweise/Beweise zu bekommen, die die Anklage stützen. Selbst die "Drohung", "Wir wissen es doch eh schon, sie müssen es doch nur zugeben" verfolgt genau das Ziel der Beweisfestigung, um vom Indiz zum Beweis zu kommen. Sonst würden sie ja nicht fragen! Aber diesen Gefallen muß ich ihnen ja nicht tun, so banal die Frage auch erscheinen mag. Und dies alles passiert unabhängig von der tatsächlichen "Schuld", das wird schon richtig hingedreht.

Doch zurück zu meinen Versuchen, etwas zu schreiben. Da eine Erklärung zum Verfahren so allgemein wäre, daß sie niemanden mehr vom Hocker reißen würde, lasse ich diese lieber weg.

Trotzdem versuche ich ein wenig zu konkretisieren, um was es gehen könnte.

Die radikal steht seit Jahren für eine nicht kontrollierbare Form revolutionärer Politik, eine nicht zensierbare Gegenöffentlichkeit, eine Form des Widerstandes, die mit Meinungen, Kritik, Diskussionen und Informationen das angegriffen hat und angreift, was in der BRD und weltweit die Freiheit und Gleichberechtigung der Menschen unmöglich macht und bekämpft.



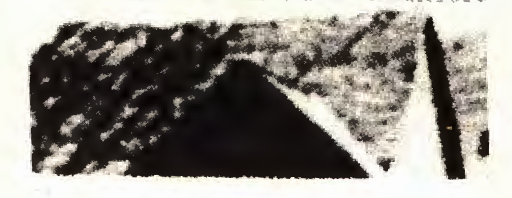
Die freie Kommunikation in linken Zusammenhängen wurde und wird aber schon länger verfolgt und bekämpft, und so gab es in den letzten Jahren ja bereits unzählige 129/129a-Verfahren gegen z. B. auch die Inhalte von Zeitungen (z.B. Angehörigen-Info, Rote Hilfe-Zeitung...). Doch das, was jetzt eine neue Qualität hat, ist der Vorwurf, daß Menschen nicht für einzelne Inhalte verfolgt werden, sondern wegen der generellen "kriminellen Handlung" eine Zeitung gemacht zu haben. Losgelöst vom Inhalt wird das alleinige Teilhaben an der Entstehung einer Zeitung zur "Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung" erklärt. Daß mit diesem Vorwurf der willkürlichen Verfolgung Tür und Tor geöffnet wird, liegt auf der Hand.

Aber wer "macht" denn eigentlich die radikal? Diejenigen, die Berichte von ihrer letzten Anti-Fa-Aktion schicken? Oder jene, die mal eben 10 Zeitungen von hier nach dort bringen und in ihrem FreundInnen-Kreis verteilen, oder vielleicht der, der ein paar dieser Berichte abschreibt und layoutet, oder die, die dafür sorgen, daß nur ein einziges Exemplar durch die Mauern des Knastes dringt? Vielleicht meint die BAW ja auch die, die wochenlang diskutieren, um lange Artikel in der radikal zu veröffentlichen. Oder jene, die tagelang hinter der Druckmaschine stehen? Noch läuft dieses Verfahren "nur" gegen die radikal, sollte sich das Konstrukt jedoch durchsetzen, kann im obigen Zitat das Wort radikal bald auch durch interim, Angehörigen-Info, Junge Welt, taz, FR ... ersetzt werden. Wenn das auch etwas übertrieben scheint, wird diese Möglichkeit damit zumindest festgeschrieben und "legalisiert". Was das für eine Linke in der BRD bedeutet, sollten sich alle fragen, die ein Interesse daran haben, auch weiterhin mehr Informationen zu bekommen als die Presseerklärungen des Kanzleramtes. Diesen Punkt finde ich z. B. auch wichtig im Hinblick auf eine mögliche Öffentlichkeitsarbeit. Zumindest erscheint es mir nicht absurd, daß auch der sogenannten liberalen Öffentlichkeit zu verdeutlichen ist, daß mit der radikal eine Zeitung als Diskussionsforum angegriffen wurde.

Eine Diskussion darum, ob sie diese Funktion tatsächlich erfüllt hat, kann hierbei nicht Gegenstand des Verfahrens werden, da die BAW oder die OLG meines Erachtens nicht das Diskussionsforum sein sollten. Diese Frage ist wichtig im Hinblick auf die Aufarbeitung bzw. Weiterentwicklung der Geschichte und kann sicherlich viele Mißstände offenlegen, ein Ergebnis sollte jedoch nicht zu einer Entsolidarisierung mit uns Betroffenen führen. Zum Einen, weil wir nur stellvertretend für viele andere einsitzen bzw. gejagt werden, und zum anderen, weil meines Erachtens nicht nur der Stellenwert der radikal in der Linken angegriffen wird, sondern eine Form des Widerstandes, die sich des Wortes bedient. Die Frage, die sich auch stellen wird, ist das Verhältnis dieses Mediums zu anderen Formen des Widerstandes, z.B. des Militanten. Nicht zuletzt wird auch die BAW ein Interesse daran haben, was ja schon aus der zeitgleichen Durchsuchung von radikal, AIZ, K.O.M.M.I.T.E.E. und der teilweisen Vermengung der Durchsuchungsbefehle deutlich wird (ein Objekt wegen RAF und radikal). Nichtsdestotrotz gibt es ein Trennung von militantem Widerstand und einer Zeitung, der nicht weggeredet werden kann und sollte. Es gibt sicherlich bestimmte Gründe und Motivationen für die Wahl der jeweiligen Mittel und diese sollten in der Diskussion nicht vergessen werden. Schließlich werden diese Formen von Personen ausgefüllt, die diese auch mit Wünschen und Utopien verbinden. Ein Herausarbeiten der unterschiedlichen Formen bedeutet nicht gleichzeitig eine Distanzierung von anderen Ansätzen, kann aber auch durchaus dazu führen. Eine Distanzierung darf aber nicht automatisch mit einer Entsolidarisierung einhergehen, weil damit sofort die Möglichkeit einer Weiterentwicklung, einer Diskussion unterbunden ist. Und dort würde sich die Katze in den Schwanz beißen und die BAW sich ins Fäustchen lachen. Die freie Kommunikation (radikal) wird angegriffen und übrig bliebe eine zersplitterte Linke, die diese nicht mehr nutzt/nutzen will.

Niemand von uns weiß den Weg, der zur Verwirklichung der Utopie führt, jede und jeder hat ihren/seinen gefunden oder sucht ihn noch. Wichtig ist hierbei aber, das Ziel herauszuarbeiten und sich nicht auf dem Weg schon zu bekämpfen. Das liest sich sehr pathetisch, ist aber so nicht gemeint. Mir ist klar, daß es sehr viele Grenzbereiche gibt und wir auch an vielen Punkten

scheitern. Aus meiner Geschichte heraus meine ich aber, daß viele Fehler genau da passiert sind, wo die genaue Ausarbeitung der Inhalte daran gescheitert ist, daß die eine Seite versucht hat, ihre Herangehensweise als die einzig wahre darzustellen und letztlich mit einem patriarchalen Machtstreben eine Diskussion zum Scheitern gebracht hat. Ich möchte aus diesen Fehlern lernen. Daß hierbei ein wichtiger Faktor genau auch die meist unreflektierten Positionen von uns Männern sind, steht für mich genauso außer Frage wie der Umstand, daß hauptsächlich wir Männer endlich anfangen müssen, dies zu ändern. Und so kann es in diesem Verfahren z. B. darum gehen, klarzustellen, daß Inhalte, Diskussionen von emanzipatorischer Politik durch Kriminalisierung nicht zerstört werden können, und auch darum, die Wege und Mittel der Kommunikation zu sichern und auszubauen, d.h. also die Infrastruktur der Medien vor staatlichem Zugriff zu schützen. Als Medien betrachte ich hierbei ebenso das Wort in Schrift, Bild und Ton, wie auch die neuen elektronischen Medien im Internet und die freie und öffentliche Diskussion in z.B. Veranstaltungen...



Im folgenden will ich jetzt noch ein wenig beschreiben, wie ich die Zeit seit meiner Verhaftung am 13.6.95 erlebt habe:
Nachdem ich an dem Tag um 6 Uhr vom SEK geweckt wurde, bin ich zunächst auf die örtliche Wache nach Rendsburg gebracht worden. Mir wurde vorher kurz die Gelegenheit gegeben, Zahnbürste, Rasierer und für meine Diabetes-Behandlung unerläßliche Sachen als persönliche Habe einzupacken. Das alles verlief für die Umstände relativ ruhig, auch auf der Wache war beiden Seiten klar, daß es keine Kommunikation geben wird. Auch wenn ich nur kurz wußte, weshalb die Verhaftung und Durchsuchung erfolgte, fing ich vom ersten Moment an, mir klar zu machen, daß es bei dem Aufwand für mich wohl ein längerer Aufenthalt hinter Mauern wird. Ich hatte aber auch eine gewisse Sicherheit, daß es draußen Menschen gibt, die von meiner Situation wissen. Und spätestens nach dem ersten Telefonat mit meiner Anwältin war diese Einschätzung bestätigt. Nach der ED-Mißhandlung wurde ich dann zusammen mit Andreas aus Lübeck mit dem Hubschrauber nach Karlsruhe zum BGH geflogen und konnte dabei zum ersten Mal den 13-seitigen Haftbefehl lesen. Nach der Haftbefehlseröffnung wurde ich in die JVA Raststatt verbracht. Die Bedingungen dort erfüllten das Haftstatut vollkommen. Totale Isolation von anderen Gefangenen, der Blick nach draußen beschränkte sich auf einen 5 [illegible] Ich habe aber schnell Schreibzeug bekommen und konnte zumindest meine Gedanken nach draußen vermitteln und habe sofort die Knastbücherei geplündert, die eine relativ gute Auswahl hatte. Die ersten zweieinhalb bis drei Wochen waren davon gekennzeichnet, den Alltag eines Knastlebens zu verwirklichen, den Schnitt zum Leben draußen zu realisieren und einen klaren Kopf zu behalten. Viel Halt gaben mir dabei die vielen Briefe von draußen, die jedesmal eine Art Reise zurück zu den lieben Freunden bedeuteten und bis heute bedeuten. Danach hatte ich den ersten und bisher größten Einbruch. Ich konnte den Schmerz über die Trennung von draußen nur schwer aushalten und begann, mich von draußen abzukapseln, mich im Knast einzurichten. Diese Phase begann in der Zeit der ersten Knastkundgebungen und des ersten Besuches einer Freundin mit Trennscheibe und LKAler. Von der Knastkundgebung blieben mir aber trotzdem bis heute viele schöne Erinnerungen und ein warmes Gefühl allen gegenüber, die diese realisiert haben. Vor allem war es schön, daß ich selbst draußen zu hören war. Nach der ersten Haftprüfung am 10.7. , an der ich eher gleichgültig, ohne Erwartungen teilgenommen habe, wurde ich am 12.7.95 im Einzeltransport nach NMS verlegt. Für die Kundgebung zur Begrüßung wurde ich am 13.7. in die Arrestzelle verlegt und konnte mich somit leider nicht bemerkbar machen. Ich habe davon hauptsächlich die Musik gehört und Bruchstücke der Redebeiträge, die ich dann zu einem Gesamtbild zusammensetzen mußte. Von der dritten Knastkundgebung am 29.7. habe ich dann alles sehr gut hören können und auch etwas gesehen.



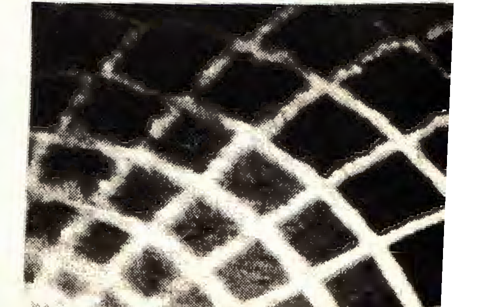
Die Haftbedingungen hier in der JVA Neumünster sind folgende:
Ich kann wieder aus dem Fenster sehen, was sehr wichtg ist für mich. Ich habe mittlerweile seit 28.7. auch täglich eine Stunde Einzelhofgang, die ich mit dreißig Min. Joggen verbringe (meistens). Den Rest des Tages bin ich isoliert in der Zelle. Drei Mal pro Woche Duschen, ein Mal die Woche Einzeleinkauf. Der Kontakt mit anderen Gefangenen und der Außenwelt wird unterbunden. Ich habe TV und Radio/Kassetten/CD-Rekorder. Zeitungen sind zum Beispiel jW, Taz, FR. Der Bezug eigener Bücher läuft langsam an und erfolgt ausschließlich durch die Anstalt. Besuche finden alle zwei Wochen eine Stunde mit Trennscheibe und einem LKAler und einer SchließerIn statt. Zwei Besuche zusätzlich hat es von meinen Eltern ohne Trennscheibe gegeben. Die Post (auch Anwaltspost) und Zeitungen werden komplett kontrolliert und jegliche politische Information wird angehalten.

Insgesamt fällt es mir immer noch schwer zu begreifen, daß ich tatsächlich wegen des Vorwurfs, eine Zeitung gemacht zu haben, im Knast bin. Das zu realisieren, hat hier drin eine andere Dimension erhalten, als es draußen der Fall wäre. Mir ist die Realiutät der politischen Justiz seit langem bewußt und doch erscheint es hier oft absurd. Dieser Umstand führt auch dazu, daß ich in meiner Hoffnung oft schwanke, einerseits oft denke, das ist doch lächerlich und bald wieder vorbei, und andererseits dann wieder die Geschichte begreife und realisiere, daß das deutscher Alltag ist.



Das ist dann genau der Punkt, der anders ist als die Konfrontation, die ein solches Verfahren draußen bedeutet. Hier bleibt die Tür zu und ich kann mich nicht mal eben ablenken und einfach was anderes machen. Trotzdem gibt es auch oft die andere Seite, die auch die Geschichte der politischen Gefangenen durchzieht. Ich meine die Parole, die mir früher oft aufgesetzt erschien: Drinnen und draußen eine Bewegung.
Sie erhält hier für mich genau auch diese Bedeutung. Ich möchte dazu einige Zeilen zitieren, die mir zu Mumia Abu Jamal und der Unterstützungskampagne für seine Freilassung eingefallen sind und die auch genau das ausdrücken, was ich allen Menschen draußen sagen möchte, die mich/uns solidarisch unterstützen: "Ich bin als Gefangener im Knast zwar alleine und auf mich gestellt und trotzdem gibt mir die Solidarität, Hilfe und Liebe von außen Kraft und Mut zum Durchhalten. Und diese Kraft und Unterstützung möchte ich zusammen mit anderen politischen und sozialen Gefangenen an Mumia weitergeben Wir sind hinter den Mauern wohl vereinzelt, aber alleine sind wir nicht."
Und mit diesen Worten möchte ich mic[h] bei Euch draußen bedanken für all die Hilf[e] und Solidarität, die mit Briefen, Kundgebungen, Besuchen, Paketen... hierei[n] kommt.

Ralf Milbrandt, 27.8.95
z.Zt. JVA-NMS
über ER Dr. Beyer
Herrenstr. 45a
76125 Karlsruhe



Bremer Frauen/Lesben-Solidaritätsaufruf

Am 13. Juni '95 wurden in mehreren Städten in der BRD ca. 50 Wohnungen, Arbeitsstätten, Läden, Vereine und Projekte durchsucht. Als Vorwand dienten der Bundesanwaltschaft (BAW) Durchsuchungs- und Haftbefehle nach §129 und §129a (Werbung, Unterstützung für und Mitgliedschaft in einer "kriminellen" und/oder "terroristischen" Vereinigung.)

Die Durchsuchungen wurden mit vier verschiedenen Vorwürfen begründet:

- Verdacht auf Unterstützung bzw. Mitgliedschaft in den "Antiimperialistischen Zellen" (AIZ), denen verschiedene Anschläge in den letzten zwei Jahren zur Last gelegt werden
- Verdacht auf Unterstützung und Mitgliedschaft in der Gruppe K.O.M.I.T.E.E., der ein mißglückter Anschlag auf den Neubau eines Abschiebegefängnisses in Berlin und ein weiterer Anschlag auf eine Bundeswehrkaserne zugerechnet wird
- Verdacht auf Unterstützung und Mitgliedschaft in der Rote-Armee-Fraktion (RAF)
- Verdacht auf Herstellung und Vertrieb der Zeitschrift "radikal", verbunden mit Werbung und Unterstützung von "terroristischen Vereinigungen".

Im Zuge der Durchsuchungen wurden vier Männer wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung nach §129 verhaftet. Ihnen wird vorgeworfen, daß sie für die Herausgabe der Zeitschrift "radikal" verantwortlich seien.

Die Zeitschrift "radikal", die seit Mitte der 70er Jahre erscheint, wurde zu einem Forum, in dem über Erfahrungen und Strategien des linken Widerstandes in der BRD diskutiert wurde. Neben Diskussionsbeiträgen werden unterdrückte oder totgeschwiegene Nachrichten veröffentlicht, dazu gehörten und gehören unter anderem auch Erklärungen von feministischen und linken Gruppen zu militanten Aktionen in der BRD.

Weitere drei Männer und eine Frau werden aus demselben Grund (Verdacht auf Herstellung der "radikal") gesucht.

Zwei der Personen kommen aus Bremen: Matthias und Jutta. Einige von uns kennen Matthias. Viele von uns kennen Jutta: wir leben mit ihr und/oder arbeiten gemeinsam mit ihr in lesbisch/feministischen Gruppen, zu Themen wie sexistische Gewalt, Rassismus, Antisemitismus und Knast.

Insgesamt laufen in der BRD seit dem 13.6.95 viele Ermittlungsverfahren, davon allein acht in Bremen. Seit dem 4.7.95 sitzt Ulf aus Bremen für fünf Monate in Beugehaft, weil er sich nicht zu Aussagen über seinen Mitbewohner zwingen ließ.

Wir erklären uns hiermit als feministisch/lesbische Gruppen solidarisch:

- weil wir einzelne kennen, mögen und schätzen
- weil die Angegriffenen exemplarisch für politisches Denken und Handeln in feministischen und linken Zusammenhängen kriminalisiert werden
- weil wir wie die angegriffenen Einzelpersonen und Strukturen Teil des Widerstandes gegen Unterdrückungsstrukturen wie Sexismus, Rassismus, Klassenunterdrükkung, Zwangsheterosexualität ... sind
- weil wir noch immer die Gesellschaft verändern wollen!

Wir fordern:

Herausgabe aller beschlagnahmten Gegenstände!

Einstellung aller Ermittlungsverfahren!

Sofortige Freilassung aller Gefangenen!

Für die Unterstützung der Lesben/Frauen aus Bremen, gegen die ein Ermittlungsverfahren wegen §§129/129a läuft benötigen wir eure Spenden!

FrauenLesben-Solikonto: 0030548713, Sparkasse Bremen, BLZ 290 501 01



Kritische Solidarität und solidarische Kritik

In der Juli-Zeck (Seite 9) heißt es: *"Auch wenn es eine berechtigte Kritik gegen die Angriffsdurchführungen der AIZ gibt, wollen wir unsere Solidarität mit den AIZ-Beschuldigten gegen diesen Angriff des Repressionsapparates der BRD betonen."* Das heißt: Solidarität mit den Festgenommenen und den von der Repression Betroffenen. Das ist gut und richtig. Die "berechtigte Kritik", warum fehlt sie?

Politische Gefangene aus bewaffnet kämpfenden Gruppen gibt es seit gut einem Vierteljahrhundert. Und Solidarität mit ihnen auch. Nur mit der Kritik steht es schlecht. Es ist sogar dazu gekommen, daß Kritik mit Entsolidarisierung, ja Verrat gleichgesetzt wird.

In einem Flugblatt der Soligruppe Hamburg steht u.a. unter der Zwischenüberschrift *"bezogen auf die konkrete Solidaritätsarbeit leiten wir ... folgende Grundsätze ab: Wir werden uns in unserer Arbeit weder von den verfolgten Gruppen, noch von konkret angeklagten Genossen distanzieren. Innerhalb der Linken ist Solidarität unteilbar. Widersprüche zu den politischen Konzepten der angegriffenen Gruppen, ihren Analysen oder ihrer Praxis dürfen nicht darüber gelöst werden, daß man die Beschuldigten dem Staatsschutz überläßt. Die Betreffenden kommen aus unserer Mitte, sie sind uns aus vielen gemeinsamen politischen Initiativen bekannt und wir werden nicht widerstandlos hinnehmen, daß sie eingeknastet werden bzw. bleiben. Aus diesen Gründen rufen wir auch zur Aussageverweigerung auf."*

Kritik an den Analysen und der Praxis soll also heißen Distanzierung und "dem Staatsschutz überlassen". Anders ausgedrückt bedeutet das: Solidarität ist von der eigenen politischen Analyse, von der eigenen Moral zu trennen, denn das würde die Betroffenen dem Staatsschutz in die Hände treiben. Aber es heißt auch: "Innerhalb der Linken ist Solidarität unteilbar." Gerade deshalb gehört die Kritik unabdingbar dazu, umsomehr, als "die Betreffenden aus unserer Mitte kommen".

Die Schwierigkeiten, Solidarität mit den politischen Gefangenen und die Kritik an ihren Analysen und Aktionen zusammenzubringen, gibt es, seit es bewaffnete und militante Gruppen gibt. Beides gibt es bis heute.

Als im Frühjahr und Sommer 1972 fast die gesamte erste RAF-Generation verhaftet wurde, wurden die Gefangenen in Isolationshaft gesteckt. Wir alle mußten erstmal lernen, was das überhaupt ist. Die Gefangenen erfuhren sie schmerzhaft am eigenen Leib, und die Besucherinnen und Besucher haben die Spuren dieser Art von Folter an ihnen gesehen.

Ich habe nur bei den ersten beiden Besuchen bei meiner SchwesterGudrun wirklich politisch mit ihr gestritten. Danach habe ich mich nur noch um ihr Überleben gekümmert und das der anderen RAF-Gefangenen.

In mehreren großen Städten der Bundesrepublik wurden Komitees gegen die Isolationshaft an politischen Gefangenen gebildet. Ich gründete zusammen mit einigen Freunden und politisch aktiven Menschen eines in Köln. Wir haben Christen, Liberale, Prominente aus dem Wissenschafts- und Kulturbetrieb angesprochen und einige davon überzeugen können, daß diese Haft in einer Demokratie nicht geduldet werden kann, und daß politische Gefangene hier ein nach den Regeln des Rechtsstaates geführtes Verfahren erhalten müssen. Wir machten also Öffentlichkeitsarbeit und trugen nicht unwesentlich dazu bei, daß die Haftbedingungen der Gefangenen zum Thema auch in den liberalen Zeitungen wurde.

Im Hungerstreik 1974/75 starb Holger Meins und einen Tag danach wurde der

Berliner Kammergerichtspräsident von Drenckmann erschossen. Es gab wegen des Todes von Holger Meins etwa 50 Demonstrationen und verschiedene Aktionen in der ganzen Bundesrepublik. Die Isolationshaft war zu einem Begriff in der Öffentlichkeit geworden, viele Menschen waren damals über diese Art der Folter empört und bereit, sich dagegen zu engagieren. Vielleicht hätten die Toten Trakts in dieser Zeit auf die Füsse derer fallen können, die sie verordnet haben. Die Schüsse auf von Drenckmann haben mit einem Schlag diese öffentlichen Diskussionen um die Isolationshaft beendet. Sie ist eigentlich auch nie wieder skandalisiert worden. Wir haben es nicht geschafft, sie als Vernichtungshaft, als Menschenrechtsverletzung der Ächtung preiszugeben. Wir haben es nicht geschafft, daß die Toten Trakts überall abgeschafft wurden. Bis heute nicht.

Die Komitees haben im Laufe der Zeit die RAF-Politik unkritisch propagiert, ganz entgegen ihrer ursprünglichen Funktion, nämlich durch Öffentlichkeitsarbeit den Schutz der Gefangenen zu gewährleisten. Stattdessen haben wir all diejenigen, die Kritik - wohlverstanden solidarische Kritik - als Scheißliberale und Spießer abgetan, abgewertet und schließlich verjagt, wenn sie nicht von sich aus gegangen sind. Und heute beklagen wir die mangelnde "liberale Öffentlickeit".

Viele der sog. Sympathisanten haben jede Kritik, jede Korrektur an der bewaffenten Politik gründlich mißverstanden, mißverstehen wollen, als Distanzierung, Entsolidarisierung - sofern wir überhaupt zugehört haben. Wir haben das rigide Freund-Feind-Schema der Gefangenen übernommen, obwohl wir nicht isoliert von den verschiedensten Diskussionen waren. Wir haben dadurch die Gefangenen zusätzlich isoliert und alleingelassen. Viele haben sogar auf eine Kritik von einzelnen Gefangenen an der RAF-Politik, die sie trotz Isolation und Gruppendruck erarbeitet haben, ebenso mit Ausschluß beantwortet wie die RAF selbst. Ein grauenhafter Vorgang.

Bei der Solidaritätsarbeit für Gefangene werden wir in der Regel nicht gefragt, wie wir zu ihren Taten stehen. Natürlich ist eine Verletzung der Menschenrechte bei z.B. einem Drogendealer nicht minder schlimm als bei einem politischen Gefangenen. Und die Solidarität mit ihm wird keineswegs teilbar, weil wir seine Tat verurteilen, sie gehört wie selbstverständlich dazu. Bei der Solidarität mit politischen Gefangenen wird uns ein Urteil über die Taten der Gefangenen abverlangt, weil es unklar ist, ob der oder diejenige sie gutheißt oder ablehnt, da politische Gefangene einen politischen und gesellschaftlichen Kampf personifizieren als dessen Teil wir uns verstehen und deshalb ihre Taten mitverantwortlich sind.

Um diese Arbeit dürfen wir uns nicht herummogeln, weil die Unklarheit in diesem Punkt die Solidaritätsarbeit nicht nur schwer behindert nach außen, sondern auch nach innen vergiftet.



Zur Erinnerung hier ein Abschnitt einer Erklärung der RZ vom Dezember 1991 zum Tod von Gert Albartus:

"Wir haben uns über all diese (Furcht vor Beifall von der falschen Seite C.E.) Einwände, auch wenn sie uns lange haben zögern lassen, letztendlich hinweggesetzt. Die berechtigte Sorge, der falschen Seite in die Hände zu arbeiten, darf nicht zum bequemen Freibrief werden, jeglichen Dreck unter den Teppich zu kehren. Sie war schon zu oft bloßer Vorwand, um das eigene Schweigen zu legitimieren. Vielleicht müssen wir umdenken, müssen lernen, daß Schwindel und Selbsttäuschung weit mehr zu unserem Scheitern beitragen als die offen geführte Kontroverse um unsere internen Widersprüche, selbst auf die Gefahr hin, daß der Gegner sich dies zunutze macht. Wer von Befreiung träumt, von den Schattenseiten des Befreiungskampfes aber nichts wissen will, hängt naiven Revolutionsvorstellungen nach, die dessen Wirklichkeit nicht standhalten. Wir wollen uns nicht an Legenden und Bilder klammern, die weniger unseren Erfahrungen als vielmehr naiven Projektionen oder aber handfesten Verdrängungen geschuldet sind. Wem nützen wir damit, wenn wir unter dem Banner des Internationalismus eine falsche Einheit vorgaukeln, während hinter den Kulissen die Gegensätze aufeinanderprallen. Nur wenn wir uns illusionslos mit den tatsächlichen politischen und ideologischen Widersprüchen auseinandersetzen, werden wir mit ihnen umzugehen wissen, sobald wir damit konfrontiert werden."

Es ist höchste Zeit, diese unsägliche Begriffsverwirrung, wo Weiterentwicklung mit Identitätsverlust, Korrektur des politischen Konzepts mit Counterstrategie oder Reformismus, Kritik mit Verrat und Militanz (unhinterfagt "an sich") mit revolutionär-links gleichgesetzt wird, aufzubrechen, zu klären.

Wenn wir die Menschenrechte zum Maßstab unserer Politik machen, dann müssen wir Menschenrechtsverletzungen stets und ohne Ausnahme zum Gegenstand unserer Kritik machen, zuerst und vor allem, wenn sie von bewaffnet kämpfenden Gruppen "aus unserer Mitte" gedacht oder begangen werden.

Wer in der Tradition der Aufklärung - Freiheit, Gleichheit und Menschlichkeit für alle - steht, muß der AIZ unmißverständlich sagen, daß sie sich mit ihren Aussagen zu Bündnissen mit fundamentalistischen islamischen Organisationen aus diesem Zusammenhang verabschiedet hat. Wer wie die AIZ behauptet "der antiimperialistische Kampf wohnt in den Herzen aller friedliebenden Menschen..." und nach der 25jährigen RAF-Geschichte von der Notwendigkeit von "potentiell tödlichen Aktionen" spricht, kann sich vom Denken vielleicht schon ganz verabschiedet haben und keiner Art von Kritik mehr zugänglich sein.

Christiane Ensslin
Hamburg, 12. September 1995

Dieser Text ist das Ergebnis einer längeren Diskussion mit einem Mann aus den Reihen der Autonomen, also einem aus eurer Mitte und entstand mit der Absicht, zu einer konstruktiven Auseinandersetzung beizutragen.



"Gemeint sind wir alle?!" - doch wer sind eigentlich "wir alle" ?

Anmerkungen zur Veranstaltung:

Vorweg: Ein WIR-Gefühl im positiven Sinne ist mir in den letzten Jahren eh immer mehr abhanden gekommen. Doch im Angriff des Staates auf linksradikale Strukturen und im Kampf gegen diese Angriffe empfand ich uns - über viele Trennlinien hinweg - immer noch als WIR. Mag sein, daß dies aus einer gemeinsamen Geschichte kommt - mag sein, daß dies auch bald nur noch Geschichte ist ... So ein Gedanke kam mir jedenfalls angesichts einer sogenannten Diskussion um die AIZ bzw. "unser" Verhältnis dazu am 6.9. in der Flora.

Das Soliplenum zum 13.6. hatte zu einer Veranstaltung eingeladen, wo sie genauere Infos zu der bundesweiten Razzia, den Haft- und Durchsuchungsbeschlüssen, den Haftbedingungen der Eingeknasteten und auch Einschätzungen dazu vermittelte. (An dieser Stelle großes Lob an die VeranstalterInnen: Die Infos waren gut strukturiert, interessant und trotz der Fülle absolut nicht ermüdend!) Im Anschluß an die Infoblöcke stellte die Gruppe ihre "Arbeitshypothesen" zur Diskussion und wollte eine Auseinandersetzung über praktische Soli-Arbeit führen.

Nachdem ermunternde Worte zur Diskussion aufgefordert hatten, brach nach recht kurzer Zeit etwas aus, was ich mal mit *politischer StreitUNkultur* bezeichne: In teils heftigen Wortgefechten, geraunten Mißfallensbekundungen, emotional geladener Zustimmung wurde möglichst vermieden, einander genau zuzuhören - die Positionen, die vorher schon feststanden, wurden an diesem Abend bestimmt nicht neu überdacht oder gar verworfen.

Ein Kernpunkt der Auseinandersetzung war (und ist?), daß die Soligruppe als "Minimalkonsens" von einer "Solidarität mit allen betroffenen Gruppen ..." ausgeht[1]. Auf der Veranstaltung wurde nun der geäußerten Vermutung, daß sich dahinter die Tabuisierung einer Kritik an der AIZ verbirgt, begegnet: Es geht nicht darum, daß die - durchaus auch kritische - Auseinandersetzung mit der AIZ nicht geführt werden soll, aber das Soliplenum macht diese nicht zum Ausgangspunkt einer Soli-Arbeit und solidarisiert sich mit der Politik der angegriffenen Gruppen in der Form, daß eben auch Internationalismus/Antiimperialismus wesentlicher Bestandteil linksradikaler Politik ist. (Zumindest habe ich es so verstanden.)

Diesen absolut minimalen Konsens sollte mensch eigentlich doch mittragen können, zumal auch bislang das eigene Verhältnis zu (Fraktionen der) RAF, zur AntifaM Göttingen usw. nicht dringende Vorbedingung für die Solidarität mit diesen Gruppen, wenn sie angegriffen wurden, war. Nichtsdestotrotz entspann sich an dieser Stelle eine heftige Debatte um die Bedeutung einer kritischen Diskussion der AIZ.

Die Emotionalität und die Vehemenz der Äußerungen sprechen dafür, daß die Auseinandersetzung mit der AIZ überfällig ist. Deswegen will ich an dieser Stelle doch mal grundsätzlicher darauf eingehen.

Bisher gibt es nur sehr wenige Papiere, die sich mit der AIZ beschäftigen. Der Tenor ist fast überall gleich[2]: Die "Gruppe Barbara Kistler" fordert in einem gerade mal 2-seitigen Schreiben kurz und bündig die AIZ auf, "ihr Projekt aufzulösen" (Interim vom 13.4.95); die AGITARE BENE-Redaktion meint bereits als Einleitungssatz: "Ihr baut Mist!" (AGITARE BENE vom 18.5.95). Mal abgesehen davon, daß ich von jeder linksradikalen Gruppe zunächst mal ihre Veränderung fordern würde und fordere, bevor ich ihr nahelege, sich aufzulösen, entspringen diese sog. kritischen Statements einer ungeheuren Arroganz. Welche Gruppe heutzutage hat denn *den Weg* gefunden und kann sich auf *die Diskussion* beziehen, um sich so anmaßend zu äußern? Das - nicht nur stilistische - Mittel der solidarischen Kritik, die konstruktiv sein und uns - Kritisierte wie Kritisierende - nach vorne bringen soll, ist wohl abhanden gekommen. An den WG-Tischen mag so eine Qualität von Kritik ja notwendig sein, um die Gefühle mal rauszulassen, aber in schriftlicher Verbreitung verfehlt sie schlichtweg ihr Ziel. - Wenn mein politisches Handeln in der Form kritisiert würde, würde ich mich entweder zunehmend isolieren oder diese Kritik einfach nicht ernstnehmen.

Die Kritik an der AIZ macht sich überwiegend an ihrem "unhinterfragten Anti-Imp-Stil" sowie den Aktionsformen fest, wobei mal zu klären wäre, warum die Gefühle der BetrachterIn dabei derartig überschwappen[3]. Über die teilweise sehr gut recherchierten, inhaltlichen Punkte (z. B. in der Erklärung vom 13.3.95 oder 17.9.95) gibt es so gut wie keine Auseinandersetzung. Dabei wäre z. B. die Schwerpunktsetzung der AIZ auf arabische Länder eine gute Möglichkeit, daß sich die BRD-Linke und - Linksradikalen mal mit ihrem Antifundamentalismus auseinandersetzen. (Hierbei



beziehe ich mich ausdrücklich *nicht* auf die Erklärung der AIZ vom 13.7.95 - an dieser muß dringend inhaltlich diskutiert werden!) Leider fehlt es in diesem Zusammenhang an internationalistischen Gruppen, die zu arabischen Ländern arbeiten UND sich äußern ...

Zurück zur Kritik an der Aktionsform: Es kann nicht sein, daß sich die Suche der Linksradikalen nach dem Weg oder der Strategie (?) auf einen Autonomie-Kongreß konzentriert - gleichzeitig durch negativen Bezug auf die AIZ militante Konzepte *stillschweigend* begraben werden. Um z. B. militante Politik (wenn auch nur zeitweise) als untaugliches Mittel zu verwerfen, müßte sich die "Szene" denn doch nochmal mit der RAF-Erklärung vom April 92 beschäftigen. Auch die damaligen Auseinandersetzungen zwischen den "aufhörenden" und "weitermachenden" RZ[4] müßten genauer geredet und eingeschätzt werden.

Wenn wir diese Diskussion geführt haben *und wenn* wir uns infolgedessen auf erarbeitete Grundsätze beziehen können, dann kann unter Hinweis auf solche Auseinandersetzungen auch schon mal an eine Gruppe geschrieben werden: "Ihr baut Mist!" Bis dahin machen unendlich viele kleine Gruppen - und auch die AIZ - als Bestandteil der linksradikalen Szene herum, die oft auch kritisch betrachtet werden müssen, aber zu denen eben auch ein solidarisches Verhältnis bestehen muß.

Dabei heißt Solidarität keineswegs Identifikation! (Dies schien mir auf der Veranstaltung von einigen gleichgesetzt worden zu sein.) Zumindest im Moment kann es gar nicht darum gehen, daß sich alle Gruppen miteinander identifizieren. Die Zersplitterung innerhalb der Autonomen ist nicht nur Ausdruck eines "Rollbacks" - vielmehr ist die Ursache hierfür eine genauere und konsequentere Diskussion z. B. der Feminstinnen, aber auch der AntifaschistInnen usw. Das Streben nach umfassender Identifizierung würde die Qualität dieser Auseinandersetzungen zerstören, doch in einer Atmosphäre von Diffa-

der Auseinandersetzung gibt, warum wird dann nicht einfach in [illegible] eigenen Zusammenhängen längst losdiskutiert? Das Soliplenum könnte und sollte diese Diskussion ja wohl [illegible] stellvertretend für alle anderen f[illegible].
Von dah[illegible] war die [illegible] in der Flora um AIZ eigentlich sinnlos. Weicher/m als eigene Vorbedingung, um praktische Soli-Arbeit zum 13.6. zu machen, notwendig ist, das eigene Verhältnis zur AIZ - wie auch immer - klarzukrieg[illegible]
einfach!

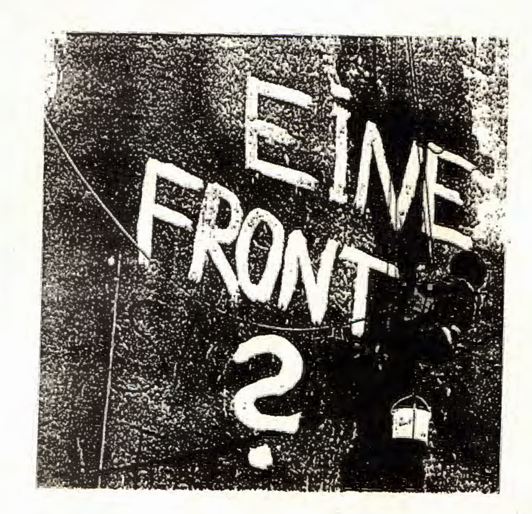
1.) Aus dem Flugi "Damit [illegible] t..."
2.) Auf ein von Stil und [illegible] Papier soll noch verwiesen [illegible] Die "Anmerkungen zu den Aktionen [illegible] antiimperialistischen Wide[illegible] (Interim vom 26.5.94) sind [illegible]
3.) Diese Frage beantworte [illegible] gerade erschöpfend (s. Erklä[illegible]
4.) Die Wörter sind nicht [illegible] pole-misch gemeint, mir fiel nix a[illegible]
5.) Wenn es tatsächlich um [illegible] von der AIZ gehen sollte, stellt sich die [illegible]sante Frage, welches Ziel eigentlich damit verfolg[illegible]
6.) Trotz der Diskussione[illegible] Droste hält es offensicht[illegible] keineR der [illegible] DER BEUTE für notwendig, daß dieser S[illegible] Schreibverbot erhält - im Gegenteil! (s. Vorwort DER BEUTE, Nr. 1/95)

mierung und mangelnder Solidarität könnten sie kaum produktiv sein.
Nochmal zurück auf den Boden der Veranstaltung:
Dem Soliplenum wurde entgegengehalten, daß es notwendig sei, um (breite) Öffentlichkeitsarbeit zu machen, ein Verhältnis zu der AIZ benennen zu können. Mal abgesehen davon, daß die Gefangenen, um deren Freilassung es geht, wegen Radikal sitzen und daß die Medien seit dem 14.6. - vorläufig - nicht mehr an der AIZ interessiert sind, wer hat das eigene Verhältnis zur RAF beschrieben, als es z. B. 89 um die Zusammenlegung ging? Hierbei gehen wir doch in liberale/bürgerliche Kreise mit sog. humanitären Forderungen; mit unseren politischen Inhalten gewinnen wir da doch eh höchstens ne Primel ohne Blumentopf.
Die Diskussion um die AIZ - zumindest momentan - nicht führen zu wollen, aber die angegriffenen Inhalte zu propagieren, wurde dem Soliplenum als "Eiertanz" ausgelegt. Zu dem bereits oben Geschriebenen ist hier höchstens zuzufügen: Ich kann mir die eigenen Inhalte (denn das sind sie auch!) nicht dadurch nehmen lassen, daß auch andere sie evtl. mit anderen Mitteln vertreten. Und es geht dem Staat eben auch um genau diese Inhalte, um die Aufrüstung der Türkei, um Jugoslawien, um Einflußsicherung im arabischen Raum.

Bei der Debatte in der Flora - aber auch in den "Kritik"-Papieren und privaten Äußerungen - werde ich das Gefühl nicht los, daß es hier weniger um Kritik, als vielmehr um Distanzierung und Abgrenzung von *UNS* gegenüber der AIZ geht.[5] Dabei wird zunächst ignoriert, daß *WIR* in der Form gar nicht existieren, denn es waren doch ziemlich viele Leute auf der Veranstaltung und mit so vielen sind kaum je mehr als Minimalkonsense möglich (gewesen). Hinzu kommt, daß ich mich (und andere) durch dieses *WIR* funktionalisiert fühle: Leute, die beispielsweise Sexismus zum Nebenwiderspruch erklärt haben, also die inhaltliche Nähe aufkündigen[6], wollen in der Diskussion um und in der Abgrenzung gegen die AIZ eine angeblich inhaltliche Gemeinsamkeit erreichen. Wie soll das eigentlich gehen???
Und schließlich: Die Notwendigkeit einer Diskussion um und mit der AIZ besteht offensichtlich. Doch auf der Veranstaltung schien es, als würde die Forderung danach an gerade mal eine Gruppe, und zwar das Soliplenum, gestellt werden. Ansonsten gab es den plakativen Aufruf - das ominöse *WIR sollten mal diskutieren* - auf der Veranstaltung. Wenn es diese Notwendigkeit

Überlegungen der ZECK zur Soliarbeit

Am 6.9.95 fa[illegible] eine Veranstaltung d[illegible] zum Stand der [illegible] des Staatsschutzangriffes [illegible] Situation der Gefange[illegible] Zusammenhang und [illegible] der Soligruppe zu diese[illegible] den daraus abgeleiteten [illegible] ihrer Soliarbeit statt.
A[illegible]ltung wurde klar, daß [illegible] Einschätzung der So[illegible] damit auch Teile ihres So[illegible] nicht richtig finden, bzw. andere Meinungen dazu haben. Die ge[illegible]rte Kritik bezog sich vorwiegend auf das vorher erschienene Flugblatt der Soligruppe "Damit der Schlag ins Wasser geht..." zu ihrer Arbeit. Die Diskussion, die an diesem Abend entbrannte, hangelte sich in der Hauptsache an drei verschiedenen Punkten längs, die auch wir bereits vor der Veranstaltung in unserer Gruppe problematisiert haben:
"Wir werden uns in unserer Arbeit weder [illegible] verfolgten Gruppen, noch von konkret angeklagten GenossInnen [illegible] (...) Widersprüche zu den politischen Konzepten der angegriffenen Gruppen, ihren Analysen oder ihrer Praxis dürfen nicht darüber gelöst werden, daß man die Beschuldigten dem Staatschutz überläßt."
Dieser Abschnitt aus dem Flugi der Hamburger Soligruppe brachte zwei Kritikpunkte auf's Tablett:



1.) Bezüglich der AIZ gibt es viele Menschen innerhalb linksradikaler Strukturen, die für sich klar sagen, nicht hinter dieser Gruppe und ihrer Politik bzw. Politikumsetzung stehen zu können. Dies geht teilweise so weit, daß von Einzelnen der AIZ abgesprochen wurde, Teil der radikalen Linken zu sein, weil ihre Analysen für falsch und konterrevolutionär gehalten werden. Zentrale Kritik bezog sich hier auf die Einbeziehung fundamental islamischer Gruppierungen in eine antiimperialistisch internationalistisch kämpfende Front, ohne die antisemitischen und/oder sexistischen Anteile einiger dieser Gruppierungen zu benennen und als Widerspruch zu revolutionärer Politik zu begreifen. Desweiteren wurde von einigen die Anschlagsdurchführung der AIZ als inhuman und nicht den Maßstäben revolutionärer Moral entsprechend



bewertet. "Potentiell tödliche Aktionen", die die AIZ für sich in Betracht zieht, implizierten eine Schwammigkeit und Ungenauigkeit der konkreten Angriffsziele, sowie ein Inkaufnehmen des Treffens Unbeteiligter. Hier wurde als Beispiel der vorletzte Anschlag der AIZ auf den CDU'ler Blank benannt, bei welchem ein Sprengsatz mit einer Sirene, die vor der Zündung der Bombe Alarm auslöste, vor die Haustür des CDU'lers deponiert wurde. Es war bei diesem Anschlag unklar, wer der BewohnerInnen des Hauses zum Zeitpunkt der Bombenzündung in der Nähe dieser wäre. Auf das Alarmsignal hätte ja auch jemand anderes als Blank - aus Neugier - zur Tür gehen können.
Somit ist für viele klar, daß sie den von der Soligruppe formulierten Grundsatz, hinter allen am 13.6. angegriffenen Gruppen zu stehen, nicht teilen.

2.) Die von der Soligruppe dargelegte Folge von Widersprüchen einzelner Gruppen zu "die Beschuldigten dem Staatsschutz überlassen" wurde von vielen so verstanden, als daß gefordert würde, keine Kritik an diesen Gruppen zu äußern - als würde also ein Maulkorb verhängt. Im Laufe der Diskussion darum äußerte die Soligruppe jedoch, dies so nicht gemeint zu haben. Ihre Intention dieses Satzes sollte ihren Aussagen nach vielmehr sein, daß sie als Soligruppe es nicht als ihre Aufgabe sehen, eine Kritik z.B. an der AIZ zu formulieren und schon gar nicht sich von ihr zu distanzieren. Ihrer Meinung nach ist die differenzierte Auseinandersetzung mit den Inhalten und Ausrichtungen der einzelnen Gruppen und eine Positionsbeziehung dazu kein Aufgabenfeld von Soliarbeit.
An diesem Punkt gab und gibt es unserer Meinung nach die größten Mißverständnisse und unklare Diskussionsstrukturen, so daß teilweise ziemlich aneinander vorbei geredet wurde/wird.

3.) Unklarheiten brachte auch der Satz: "Wir werden dazu keine Unschuldskampagne veranstalten." (aus dem benannten Flugi) in Kombination mit der Einschätzung der Soligruppe, über Öffentlichkeitsarbeit in bürgerlich liberalen Medien wenig erreichen zu können.
Hier subsumierte sich ein Verständnis dieser Einschätzung als ein ausschließlich auf die Inhalte "unserer" Politik bezogenes Vorgehen. Dazu wurde von VeranstaltungsteilnehmerInnen die Einschätzung geäußert, bei diesem Verfahren alle Ebenen ausschöpfen zu müssen - eben auch die juristische, also die, die den Rechtsstaat öffentlich an seinen eigenen Gesetzesvorgaben mißt; denn selbst nach diesen ist die Gefangennahme von Ralf, Rainer, Werner, Andreas und Ulf im Zusammenhang mit der radi nicht legitim. Diese Argumentationslinie ist dieser Einschätzung nach auch keine Unschuldskampagne, oder gar ein Verrat politischer Prinzipien, sondern das Ausschöpfen aller Mittel und Möglichkeiten und das Aufzeigen der Unrechtmäßigkeit und Schweinerei dieses Angriffs vom 13.6. mit all seinen Folgen auf sämtlichen Ebenen, mit dem ersten Ziel, die Gefangenen so schnell als möglich frei zu kriegen.

Auf der Grundlage der Diskussionen in unserer Gruppe vor und nach dieser Veranstaltung möchten wir nun unsere derzeitigen Überlegungen und Positionen zu diesen Streitfragen in die Öffentlichkeit tragen - in der Hoffnung, damit dazu beizutragen, daß die offen gewordenen Unterschiedlichkeiten klarer werden und damit die Diskussion um Form und Inhalt der hier zu leistenden Soliarbeit etwas strukturierter vonstatten gehen kann. Natürlich stehen auch wir längst noch nicht am Ende unserer Diskussionen, denn das Thema ist nun mal so komplex, daß es nicht in ein paar Treffen geklärt werden kann.



ZUR SACHE ALSO

Auch wir haben Kritik an der AIZ (z.T. an unterschiedlichen Punkten) und fanden den zitierten Absatz aus dem Soligruppen-Flugblatt falsch. Und auch wir fühlten uns durch die Formulierung "Beschuldigte dem Staatsschutz überlassen" im Kontext mit Widersprüchen zu einzelnen Gruppen den Mund verboten. Das fanden und finden wir falsch, denn wir sehen es nicht so, daß eine Kritik - und nichteinmal eine Distanzierung von der Politik der AIZ - eine Entsolidarisierung von, oder gar ein Ausliefern der Betroffenen an den Staatsschutz bedeutet. Unserer Meinung nach gibt es eine solidarische Form von Kritik, die sich nicht nachteilig auf die Beschuldigten auswirkt.



Im Zuge dieser Diskussion wurde auch immer wieder betont, daß Kritik an der AIZ bereits seit einigen Jahren gibt, aber bis dato so gut wie niemand es für nötig gehalten hat, eine Diskussion darüber einzufordern bzw. auf vereinzelte Kritikpapiere öffentlich einzugehen. Warum also gerade jetzt, wo GenossInnen von uns von der BAW wegen Mitgliedschaft und/ oder Unterstützung der AIZ beschuldigt werden???

Wir teilen diese Kritik und fassen uns dabei auch an die eigenen Nase! Dennoch finden wir das Nichtführen dieser Diskussion in den letzten Jahren kein Argument dagegen, dies jetzt zu tun. So bitter das auch ist, wird doch offensichtlich, daß auch wir immer erst äußeren Druck brauchen, um uns bestimmten, äußerst unbequemen Problemen zu stellen. Aber gerade dieser äußere Druck, der durch den BAW-Angriff auch auf die AIZ nun vorhanden ist, läßt für uns eine unausweichliche Notwendigkeit der Diskussion über politische Widersprüche bezüglich der AIZ sichtbar werden. Nach dem Motto: Wir kommen nicht mehr drum herum, uns eine Position zu erarbeiten, um daraus eine produktive Basis für ein solidarisches Verhalten in dem gesamten Kontext zu finden.



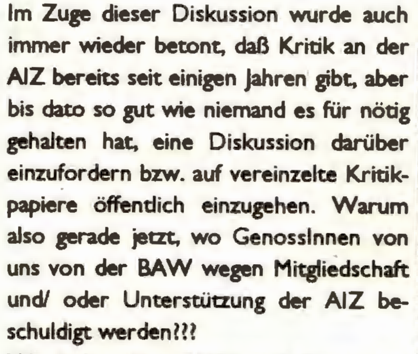
Unserer Meinung nach wäre es fatal, die bestehenden Widersprüche und Kritik, die AIZ betreffend, zu ignorieren und unbedingte, kritiklose Solidarität einzufordern, weil diese Gruppe nun von der BAW angegriffen wurde (so nach dem Motto: Zähne zusammenbeißen und durchhalten). Wir denken, daß sich ein solcher Umgang eher demobilisierend und verunsichernd auswirken würde.

Die Relativierung der Soligruppe ihres oben zitierten Statements dahingehend, daß sie Kritikäußerungen von außen an der AIZ nicht falsch finden oder verbieten wollen, es jedoch nur nicht als ihre Aufgabe ansehen, sich damit auseinanderzusetzen, ließ auch bei uns Uneinigkeit und viele Mißverständnisse aufkommen. Wir sind zu dem Schluß gekommen, daß es natürlich nicht die Aufgabe der Soligruppe (und schon gar nicht allein ihre!) ist, nun eine fundierte kritische Analyse zur Politik der AIZ auf den Markt zu bringen. Und ebensowenig eine einheitliche Positionsbestimmung: "Die Soligruppe findet die AIZ total prima/völlig scheiße.". Was wir allerdings sehr wohl auch dem Aufgabenbereich und der Verantwortung der Soligruppe zuschreiben, ist eine kritische Auseinandersetzung mit den existenten Widersprüchen zu und Schwierigkeiten mit der AIZ und den daraus resultierenden Konsequenzen für die Soliarbeit. Denn unserer Meinung nach sind auch die Inhalte der angegriffenen Gruppen ein zentraler Punkt, an dem sich Soliarbeit orientieren muß, weil sie die Arbeit mitbestimmen. Deshalb muß sich eine Soligruppe natürlich auch Gedanken dazu machen, was es bedeutet, wenn viele GenossInnen nicht 100%ig oder sogar gar nicht hinter einer der angegriffenen Gruppen stehen.

Um das nocheinmal deutlich zu betonen:
- Niemand verlangt ein "Outen" bezüglich der Meinung zur AIZ
- Niemand verlangt eine Distanzierung von der AIZ

So hat es zumindest niemand auf der Veranstaltung gesagt und wir meinen das auch ganzbestimmt nicht so.

Was wir erwarten - und zwar nicht nur von der Soligruppe - ist eine ehrliche Auseinandersetzung mit der existierenden Problematik bestehender und schwerwiegender Differenzen bezüglich der Politik der AIZ und den Auswirkungen auf eine Soliarbeit. Diese unter den Teppich zu kehren, finden wir falsch und gefährlich, da sie viele Menschen in diesem Kontext arg bewegen und teilweise belasten und/oder verunsichern.



Wir finden, daß es nicht zwangsläufig zu einer Entsolidarisierung gegenüber Beschuldigten führt, wenn Kritk an der Gruppe geäußert wird, der sie zugeordnet werden. Denn das ist ja sowieso ein Konstrukt der BAW. Für uns ist klar, die Solidarität mit den beschuldigten GenossInnen ist unteilbar und unbedingt. Für uns besteht aber sehr wohl eine Unterscheidung in Solidarität mit den Gruppen oder mit den betroffenen Personen.
Hier schließt sich für uns außerdem ein weiterer Unterschied bezüglich der Einschätzung zum 13.6. an:

Diese Einschätzung gestaltet sich unserer Meinung nach nämlich schwieriger als bisher benannr.
Insgesamt vier verschiedene Konstrukte dienten der BAW als Grund für die massenhaften Razzien, bei denen Unmengen persönlicher, geschäftlicher, politischer etc. Unterlagen geklaut wurden. Diese verschiedenen Konstrukte machte die BAW an "Ermittlungen" gegen die radi, die AIZ, das K.O.M.I.T.E.E und die RAF fest.
Dadurch, daß bundesweit über 80 Wohnungen und Arbeitsstätten der unterschiedlichsten linken/linksradikalen Zusammenhänge überfallen und durchsucht worden sind, läßt sich von einem Schlag gegen die Linke allgemein sprechen. Gemeint sind wir alle, denn solch großangelegten Razzien der BAW haben nicht zuletzt das Ziel, möglichst viele unterschiedliche Strukturen und Menschen ins Zielfeuer der Repression zu bringen, um dabei so viele Informationen als möglich zu sammeln. Der zunächst medienwirksam verbreitete Tenor des "Schlags gegen den Linksterrorismus" und der Einsatz des Gesinnungsparagraphen 129 a dienten, wie schon so oft in der Vergangenheit und ganz aktuell gerade auch z.B. wieder in Weimar - dazu, präventiv alle möglichen Gruppen und Projekte aus dem linksradikalen Widerstand, oder welche, die "irgendwie" dazugezählt werden (denn welchen Anlaß sollte es geben, z.B. eine Therapiepraxis wie in Bremen zu überfallen und PatientInnenkarteien zu klauen?) zu kriminalisieren und einzuschüchtern, um so (vermeintliche) Informationen über Strukturen und Arbeitsweisen des linksradikalen Widerstandes zu sammeln.

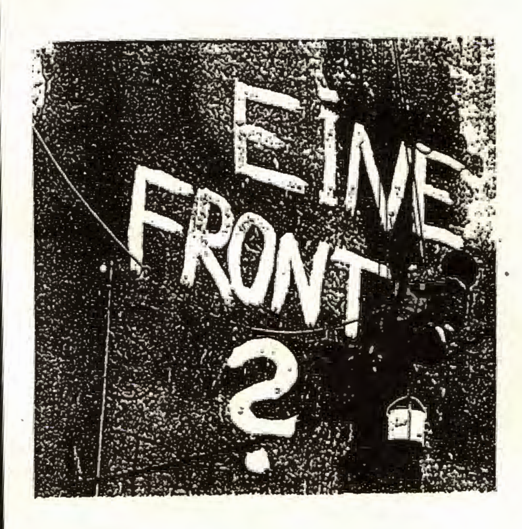
Dies ist aber nur ein Erklärungsstrang solcher Repressionsaktionen. Unserer Meinung nach muß aber auch weitergehend betrachtet werden, welche Gruppierungen denn nun ganz konkret durch Verhaftungen und/oder Ermittlungsverfahren betroffen sind und warum. RAF, radi, AIZ und K.O.M.I.T.E.E. repräsentieren verschiedene Strömungen und Ansätze linksradikalen Widerstandes und dessen Aktionsformen. Es ist ein Konstrukt der BAW, diese Gruppen in einen Topf zu werfen und mit dem 129(a) zu kriminalisieren. Es mag sich wohl ein gemeinsamer Nenner finden lassen, auf den sich diese vier Gruppen bringen lassen, es gibt aber ebenso genügend Unterschiede, die wir wichtig finden, herauszuarbeiten, um zu allen Gruppen effektive Soliarbeit leisten zu können.



Die Staatsschutzangriffe vom 13.6.95 haben drei höchst unterschiedliche Gruppen an jeweils sehr verschiedenen Punkten ihrer Entwicklung getroffen.
Die der Mittgliedschaft im K.O.M.I.T.E.E. Beschuldigten gerieten durch Pannen bei der versuchten Sprengung des Abschiebeknastbaus in Berlin-Grünau ins Visier der Fahnder. Zu diesen Pannen hat die Gruppe mittlerweile eine Erklärung veröffentlicht, in der sie als Konsequenz die Auflösung des K.O.M.I.T.E.E.s bekannt



gibt. Di[illegible] vorherige Aktion des
K.O.M[illegible] richtete sich gegen eine
Bund[illegible], die sie selbst als
»sy[illegible] bezeichnen, "die
ab[illegible] Kontext der Solidarität mit
d[illegible] Befreiungskampf und
[illegible] mit der Hetzkampagne
[illegible] große Aufmerksamkeit
[illegible]" (K.O.M.I.T.E.E.
[illegible] auch vorbei,
[illegible] Abdruck in dieser
[illegible] der AIZ wurde am 13.6.
[illegible]griffen, die in den
[illegible] Jahren diverse Anschläge
[illegible]gefangen mit dem
[illegible] Gebäude der
[illegible] Uni Hamburg
[illegible] Sprengstoffan-
[illegible]nnhäuser von
[illegible] auf das Haus
[illegible]schen Sprechers
[illegible]stagsfraktion Paul
[illegible] AIZ versteht ihre
[illegible]ung der antiimperialistischen Politik der 70er und 80er Jahre, als »Frontabschnitt im internationalen Kampf um Befreiung" (AIZ-Erklärung vom 18.9.95). Für sie ist "die Aktion vom 13.6. ... ganz wesentlich die Reaktion des BRD-Staates auf unseren Angriff vom 24.5.95 beim Wohnsitz des CDU-Funktionärs Dr. Blank"(AIZ-Erklärung vom 13.7.95).
Bei der radikal versuchen die staatlichen Verfolgungsapparate seit es die Zeitung gibt mit den verschiedensten strafrechtlichen Instrumentarien einen Hebel zu finden, die Zeitung zum Schweigen zu bringen. Dieses Ziel haben sie bisher nie erreicht, auch wenn es in den Verfahren der letzten 15 Jahre immer wieder zu Verurteilungen kam. Nachdem bisher immer "nur einzelne Artikel der radi kriminalisiert wurden, versucht die BAW diesmal gleich, die ganze Zeitung als kriminelle Vereinigung zu verfolgen." In ihrer Erklärung werten einige Radikal Gruppen "den 13.6 als Coup gegen die Reste organisierter Strukturen der radikalen Lnken und schätzen das gleichzeitige Vorgehen des Repressionsapparates gegen die drei Gruppen als taktisches Mittel ein, um damit eine Gleichstellung dieser Gruppen (zu) bewirken, um die Kriminalisierung zu vereinfachen" (Bleibt radikal, Juni 1995, s.a. ZECK Nr. 40)





All dies weiß auch die BAW und genau diese Unterschiedlichkeiten fließen auch in ihre "Ermittlungsstrategien" mit ein. Nach außen hin ist es natürlich leichter als "ein Schlag gegen den Linksterrorismus" zu verkaufen und auch auf der juristischen Ebene bietet ihnen genau dieses Zusammenwürfelungskonstrukt eine einfachere und breitere Angriffsfläche. Deshalb finden wir es wichtig, neben den Gemeinsamkeiten der Gruppen und der unbestreitbaren Bedeutung dieses Angriffs auf alle, die sich in linksradikalem, revolutionärem Widerstand organisieren, auch die Unterschiedlichkeiten der Gruppen und ihren Inhalten zu benennen.
Dabei geht es natürlich nicht darum, eine Rangfolge der "Gefährlichkeit" der Gruppen, oder gar eine Bewertung auf juristischer Ebene (eine Zeitung darf nicht, bewaffnet kämpfende Gruppen schon eher kriminalisierte werden, oder so`n Quatsch!) aufzustellen. Aber die BRD verfolgt unterschiedliche Ziele mit dem Angriff auf unterschiedliche Gruppen, auch wenn sie allesamt in den "Terrorismustopf" geworfen werden.
Besonders hervorzuheben ist unserer Meinung nach die Diffamierung der radi als "kriminelle Vereinigung", da dies in der Form ein absolutes Novum ist und dem Repressionsapparat, wenn er denn damit durchkäme, Tür und Tor öffnen würde in seinen Bestrebungen, linksradikalen Widerstand mundtot zu machen. Das heißt nicht, dem Angriff gegen die radi mehr Bedeutung zuzumessen, als denen gegen AIZ, RAF und K.O.M.I.T.E.E., aber genau das hervorzuheben, was den Unterschied zwischen diesen Angriffen ausmacht.
Andreas, Rainer, Werner und Ralf, die am 13.6. von der BAW in verschiedene Knäste verschleppt worden sind und Ulf, der seit dem 4.7. für 5 Monate in Beugehaft gesteckt worden ist, weil er keine von ihm verlangten Aussagen machen wollte, sind allesamt Beschuldigte im Ermittlungsverfahren gegen die radi. Sie alle aus dem Knast zu holen muß vorrangiges Ziel aller Solibemühungen im Moment sein.
Es muß darum gehen, die Dimensionen und Bedeutungen der Angriffe, die eben ob der bestehenden Unterschiedlichkeiten der Gruppen auch differenziert zu betrachten und in die Soliarbeit miteinzubeziehen.

Die angegriffene Politik und die Konsequenzen für die Soliarbeit:

Der auf der Veranstaltung in der Flora unternommene Versuch, die angegriffenen Gruppen unter dem Oberbegriff »autonome und antiimperialistische Gruppen, die für militante Organisierung in einer revolutionären Perspektive stehen zusammenzufassen, greift unserer Meinung nach zu kurz. Auch wenn es sicher zutrifft, daß die einzelnen Gruppen jeweils Bezugspunkte oder auch Kontinuitätslinien zu linksradikalen Politikansätzen der letzten 25 Jahre haben, so sind diese Bezugspunkte doch zum Teil recht unterschiedliche. Auch wenn alle Gruppen eine militante Praxis haben oder - wie bei der radikal - eine bestimmte militante Praxis befürworten, handelt es sich bei dem, was mit Militanz gemeint ist jeweils um recht unterschiedliche Dinge. Militanz ist ja kein politischer Inhalt, sondern beschreibt nur eine bestimmte Form der Auseinandersetzung. Wenn diese Form nun als gemeinsamer Nenner genommen wird, besteht leicht die Gefahr, die inhaltlichen Ausrichtungen der Gruppen aus dem Blickfeld zu verlieren.

Linksradikaler Widerstand lebt von Unterschiedlichkeiten und der Auseinandersetzung damit. Dieses ist eine unserer Stärken und Bestandteil progressiver Politik. Deshalb finden wir es wichtig, dies nach außen zu tragen und somit dem BAW Kalkül eines Rundumschlages mittels § 129 (a) etwas entgegenzusetzen.
Alle Beschuldigten und Verhafteten sind FreundInnen und GenossInnen aus unserer Mitte. Ihnen gilt unsere ganze Solidarität, unabhängig davon, welcher der vier Gruppierungen sie zugeordnet werden. Und das ist die Basis, auf der die Unterschiedlichkeiten der Gruppen auch im Hinblick auf die Kriminalisierungsmotivation der BAW thematisiert, benannt und transparent gemacht werden müssen.
Solidarität mit den Grupen und mit den konkret beschuldigten Personen sind hier erstmal zwei verschiedene Paar Schuhe.
Wir wollen allerdings auch nicht die enormen Schwierigkeiten wegreden, die dieses aufwirft. Wir sehen sehr wohl auch die Gefahren und Risiken, die darin liegen, unterschiedlich zu den einzelnen Gruppen zu stehen und trotzdem eine alle umfassenden Soliarbeit zu leisten. Es ist eine Gratwanderung, die bestimmt auch ein gewisses Schlammschlachtenpotential in sich birgt. Und hier liegt es allerdings an uns allen, Unproduktivität und Entsolidarisierungsmomente in Diskussionen vorzubeugen und etwas entgegenzusetzen. Dies läßt sich unserer Meinung nach allerdings nicht bewerkstelligen, indem versucht wird, die Gruppen einseitig unter einen Hut zu bringen und eine "Einheitsolidarität" zu entwerfen, bei der Differenzen und Widersprüche ignoriert werden und die bestehende Problematik ausgeblendet wird.

Und nochmal, damit's keine(r) vergißt:
Gemeint sind wir alle,
deshalb müssen sich auch alle - ob konkret beschuldigt oder nicht, ob direkt in der Soligruppe aktiv oder nicht, ob "BefürworterInnen" oder "KritikerInnen" der AIZ etc. - dieser Auseinandersetzung stellen und sich aktiv daran beteiligen, eine Soliarbeit so effektiv zu gestalten, daß unserer fünf Freunde und Genossen möglichst schon morgen aus dem Knast kommen, die restlichen Gesuchten endlich wieder ohne Gefahr für sich in ihr normales Leben und zu ihren FreundInnen zurückkehren können und sämtliche Verfahren vom und nach dem 13.6. eingestellt werden.

SOLIDARITÄT IST EINE WAFFE!!!

Die ZECK-Redaktion und Leute aus anderen autonomen Zusammenhängen



autonome klären auf

In Kiel versuchte der Verfassungsschutz (vergeblich) mit einer Ausstellung sein Image in der Öffentlichkeit aufzupolieren. Die Ausstellung im Kieler Rathaus nahmen einige GenossInnen zum Anlaß, die dort nur hinter Glas zu bewundernden Zeitungen und Accessoirs an die BesucherInnen der Ausstellung zu verteilen und ein Flugblatt zu verlesen, das wir im Folgenden dokumentieren:

Hoch verehrtes Publikum!

Schon zu Lebzeiten mit einer Ausstellung geehrt zu werden, in den Genuß dieses Privilegs kommt nicht jeder. Und darum freuen wir uns natürlich besonders, wenn wir - das heißt unsere Aktivitäten und Ausdrucksformen - im Rathaus der Schleswig-Holsteinischen Landeshauptstadt Kiel mit einer Ausstellung gewürdigt werden.

Doch leider überzeugt uns nicht, was die Kölner Behörde da mit großem Aufwand, mit »nachrichtendienstlichen Mitteln«, mit Spitzeln, Abhören und Ausforschen meint herausgefunden zu haben. Um den Männern (und Frauen) vom Geheimdienst in Zukunft die Arbeit etwas zu erleichtern sind wir heute hierher gekommen: echte Autonome zum Anfassen! Denn um zu verstehen, was wir wollen und um zu sehen, was wir machen, braucht es keine Richtmikrophone, Wanzen und ähnlichen Schnickschnack. Wer wissen will, wer wir sind, was wir wollen und warum, braucht uns nur zu fragen!

Aber zurück zur Ausstellung. Wenn wir uns das alles so anschauen, dann müssen wir leider sagen: »Wir hätten das ganze etwas anders dargestellt; weniger altbakken, mit mehr Pepp und insgesamt erlebnisorientierter.«

Aber darum sind wir ja heute auch da, um das doch eher trockene Ausstellungskonzept mit etwas Leben zu füllen. Zum Beispiel finden wir es überhaupt nicht bürgernah, daß die Zeitschriften und Aktionsgegenstände nur unter Glas zu bewundern sind. Moderne museumspädagogische Konzepte rufen nach der »Ausstellung zum Anfassen«! Was nützt einem die schönste »Hasskappe« wenn man sie nicht aufsetzen kann, wozu soll ein Krähenfuß taugen, wenn er sich nicht unter das nächste Bullenauto legen läßt, wen interessieren Zeitungen, von denen nur das Titelblatt zu betrachten ist und wem hilft die schönste Bombe, wenn sie vom VS entschärft wurde? Und überhaupt: Ist es nicht unfair nur zu beschreiben, mit welchen Mitteln der Verfassungsschutz seine Informationen sammelt. Würde es die interessierten Bürgerinnen und Bürger nicht viel eher interessieren, wie wir zu unseren Informationen kommen? - Abhören von Telefonen, geheime Fotografie oder vielleicht doch zu über 80% allgemein öffentlich zugängliche Informationen? - Sie sehen, das Ausstellungskonzept muß verbessert werden!

Und plietsch wie wir sind, haben wir wir uns gesagt: »Nicht immer nur kritisieren und meckern, sondern aktive Beteiligung im demokratischen Gemeinwesen sind gefragt.« Und darum haben wir gleich bei unserem Ausrüster für Autonomiebedarf nachgesehen und Ihnen etwas Anschauungsmaterial mitgebracht.

- z.B. »radikal«. Die Zeitschrift mit dem §129-Siegel der Bundesanwaltschaft. Viel spannender als die Titelbilder, die ja gelegentlich sogar bei CDU-Staatsfunk zu sehen sind, ist das, was sich zwischen den Heftdeckeln verbirgt. Darum raus aus der Vitrine und rauf auf den Informationstisch!

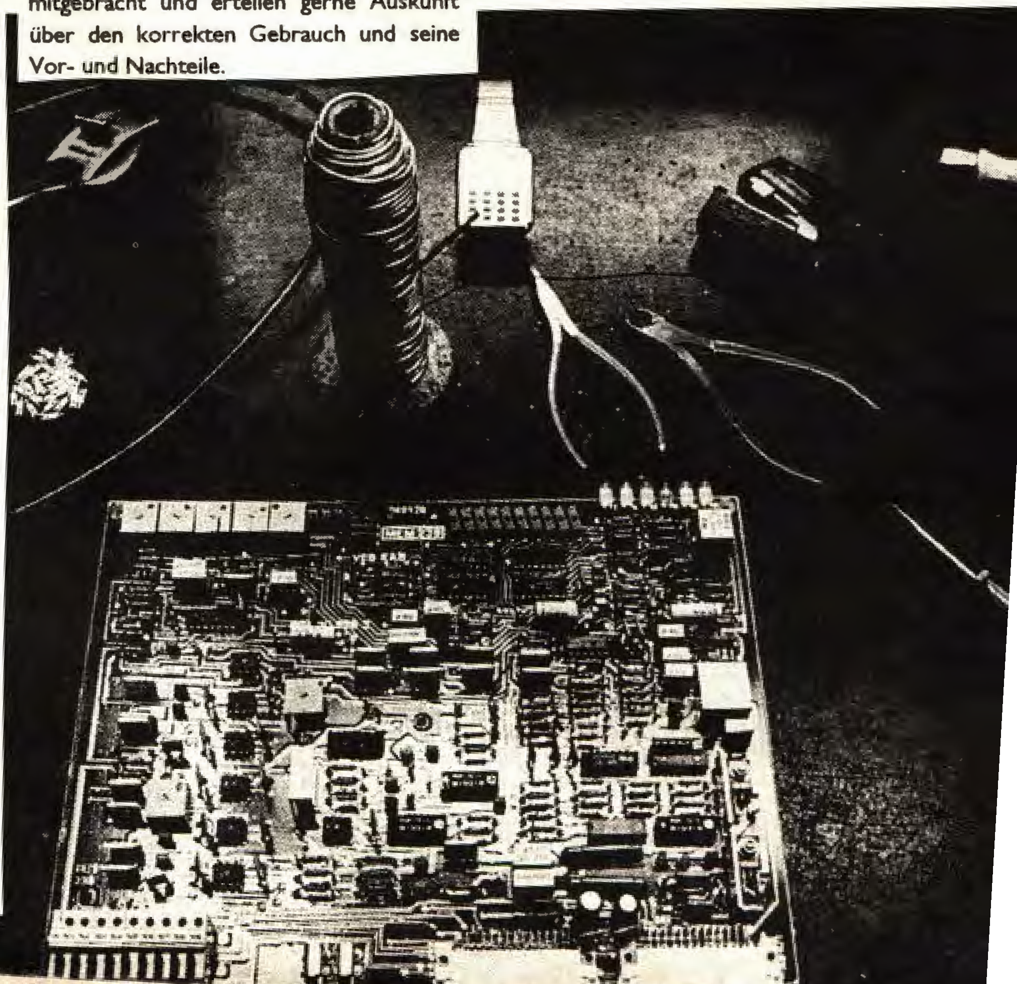
- z.B. »Hasskappen«. Welcher Kleinbürger und welsche Kleinbürgerin hat nicht schon einmal davon geträumt so ein Ding aufzusetzen und den Thrill zu spüren, den die Fernsehbilder von den vermummten Chaoten und den brennenden Barrikaden vermitteln. Kein Problem, wir haben welche mitgebracht und erteilen gerne Auskunft über den korrekten Gebrauch und seine Vor- und Nachteile.

- z.B. Äktschn. Wie dröge ist es doch, immer nur die Bilder von dem zu sehen, was draußen in der Welt so vor sich geht. Immer nur Zaungast auf den Spielfeldern der Geschichte zu sein. Darum haben wir ein paar Utensilien mitgebracht, mit denen sich im kleinen Rathausfoyer die Stimmung einer original linksradikalen Autonomenaktion etwas naherleben läßt.

Wie Sie sehen trifft unsere Kritik nicht nur periphere Teile der Ausstellung, sondern ihren Kern. darum unser Vorschlag zur Güte: Auflösung des Verfassungsschutzes und der Bundesanwaltschaft! Gebt uns die sinnlos verpulverten Millionen!

Und laßt unser Freunde und Genossen frei, die die BAW seit nunmehr drei Monaten im Knast behält mit dem Vorwurf, sie hätten die »radikal« hergestellt oder verteilt - eine Zeitung, die jetzt sogar im Kieler Rathaus zu bekommen ist!

Autonome MuseumspädagogInnen



KNAPP DANEBEN IST AUCH VORBEI

Erklärung des K.O.M.I.T.E.E. zur gescheiterten Grünau-Aktion

Nach dem Scheitern des Angriffs auf den im Bau befindlichen Abschiebeknast Berlin-Grünau am Morgen des 11.04.95 war es keineswegs sicher, ob wir uns jemals wieder zu Wort melden würden. Vieles sprach dagegen angesichts mehrerer konkret Beschuldigter und völliger Unklarheit darüber, ob die BAW noch weitere Personen hineinziehen würde. Es erschien uns ratsam, uns mit einer Darstellung der Ereignisse zurückzuhalten, zumal wir nicht wußten, wie sich die Betroffenen in der Situation verhalten wollen.
Wir haben jetzt entschieden, daß mit einer Veröffentlichung nicht länger gewartet werden kann, da das Schweigen um die Aktion durch uns gebrochen werden muß, um den politischen Flurschaden so weit wie möglich zu begrenzen.
Wir werden auf eine genaue Erklärung dessen, was an diesem Abend passiert ist, aber verzichten und es den Betroffenen überlassen, sich dazu zu äußern, wenn sie es wollen. Wir denken nicht, daß jede und jeder alle Details kennen muß, um sich mit der Aktion und unserer Politik auseinanderzusetzen und sich zu den Beschuldigten solidarisch zu verhalten.
In diesem Text geht es darum, die schwerwiegenden Fehler, die uns unterlaufen sind, zu benennen und selbstkritisch zu reflektieren, gerade auch damit andere daraus lernen können.
Durch diese Fehler wurden Unbeteiligte mit unseren Aktionen in Zusammenhang gebracht.
Weiter ziehen wir Konsequenzen aus unserem Scheitern: wir werden unser Projekt "das K.O.M.I.T.E.E." beenden. Diesen Schritt auch öffentlich bekanntzugeben, leitet sich für uns aus der Bestimmung unseres Projektes und unserer Verantwortung gegenüber linksradikaler Politik ab.
Zu Beginn des Textes erklären wir unseren Schritt, warum wir das Projekt, mit der Ausrichtung auf militante Angriffe, gestartet haben und resümieren unsere bisherige Politik.

Zu unserem Projekt das K.O.M.I.T.E.E.

Seit Ende der 80iger und noch verstärkt in den 90iger Jahren war und ist eine radikale Linke zu beobachten, deren politische Stärke und gesellschaftlicher Einfluß von Jahr zu Jahr mehr verloren ging und deren inhaltliche wie praktische Entwicklung sich immer mehr von radikalen Positionen entfernt hat. Solange es eine gemeinsame Stärke gab, auch auf militanter Ebene, hielten wir es nicht für unbedingt nötig, immer wieder unter demselben Namen in Erscheinung zu treten.
Als der kontinuierliche Diskussionsfaden durch die zu beobachtende Rückzugsbewegung der Linken abgerissen war und gemeinsam erarbeitete Handlungsgrundlagen sich aufzulösen begannen, kamen wir zu den Schluß, daß es nötig ist, sich als Gruppe in den Kontext einer kontinuierlichen und öffentlich nachvollziehbaren Politik zu stellen.
Wir sind davon ausgegangen, daß Beiträge und Interventionen von Gruppen, deren Name für eine bestimmte Praxis und politische Ausrichtung steht, von der Öffentlichkeit und der Linken mit einer größeren Aufmerksamkeit gelesen, verfolgt und diskutiert werden als Veröffentlichungen von Gruppen ohne erkennbare Kontinuität. So hofften wir im Laufe der Zeit auf die Entwicklung der linken Scene einen positiven Einfluß zu haben und Orientierungspunkte zu setzen.

Wir waren uns darüber im Klaren, daß eine solche Ausrichtung hohe Verantwortung und Genauigkeit erfordert. Fehleinschätzungen der politischen Lage, Ungenauigkeiten in der politischen Diskussion oder das Reproduzieren von überholten und falschen Politikansätzen usw. wären nicht nur auf uns, sondern dadurch, daß wir auch Orientierung bieten wollten, evtl. auch auf die Linke im Allgemeinen zurückgefallen.

Warum militante Politik

Angesichts des Diskussionsstandes der radikalen Linken, ihrem häufigen Schweigen und Nichtverhalten, bedarf es einer Erklärung, warum wir uns in diesen bewegungsarmen Zeiten für militante Politik entschieden haben. Es ist heute oft das Argument zu hören, nach dem Niedergang der linksradikalen Bewegung hätte einfaches "Weitermachen" keinen Sinn mehr, wobei geflissentlich unterschlagen wird, daß revolutionäre Politik hier in den letzten Jahrzehnten gesellschaftlich immer nur eine Randposition innehatte und nie eine realistische Strategie zum Umsturz der Verhältnisse vorweisen konnte.
Konsequente militante Praxis könnte einer der Hebel sein, den Kreislauf der Linken von Glaubwürdigkeitsverlust nach außen und Mutlosigkeit und Anpassung nach innen zu durchbrechen. Radikale Kritik an der bestehenden Praxis von Herrschaft, Unterdrückung und Ausbeutung, die nicht alle Mittel von Widerstand sucht, nutzt und erfindet, muß früher oder später den Glauben an sich selbst verlieren. Um bei unserem Beispiel zu bleiben: eine Linke, die zu recht behauptet, der Bau und Betrieb von Abschiebeknästen sei ein Verbrechen, aber nicht alle Möglichkeiten, den Bau zu verhindern, ernsthaft in Betracht zieht, schafft sich ihre Perspektivlosigkeit auch ein gutes Stück weit selbst, sie hat ihre Niederlage schon im eigenen Kopf erlitten. Unsere Methode, wäre sie erfolgreich gewesen, wäre gewiß nicht die einzige gewesen und vielleicht nicht mal die beste, aber allemal eine bessere als die Klage über die Aussichtslosigkeit linker Politik in einer sich nach rechts bewegenden Gesellschaft.
Wir denken, daß die Linke keine weitergehende Perspektive aus dem Gefühl der Hilflosigkeit und dem Verlust ihrer Handlungsmöglichkeiten entwickeln wird, aber sie könnte Kraft daraus schöpfen, auch mal in schlechteren Zeiten der ständigen Schere zwischen Denken und Handeln getrotzt zu haben. Wir wollten mit unserem Namen und unserer Praxis Propaganda machen für die Möglichkeiten des direkten Eingreifens und Angreifens, die allen offenstehen, die sich mit Ungerechtigkeit und Unterdrückung nicht abfinden wollen.
Auch wenn wir nicht sagen, daß im heutigen gesellschaftlichen Kontext militante Politik der einzig richtige Weg ist, sind wir der Meinung, daß es ein Fehler wäre, sämtliche Praxis auf Eis zu legen, solange wir auf der Suche nach der richtigen Strategie sind. Wir denken, daß eine Weiterentwicklung nur im Rahmen eines praktischen Prozesses von Reflexion und Tat stattfinden kann. Learning by doing. Und wenn irgendwann mal die Bedingungen günstiger sein werden, grundsätzliche Kritik am System gesellschaftlich breiter zu verankern, wird es verdammt wichtig sein, auf eine Geschichte verweisen zu können, wo wir auch in Zeiten von allgemeiner Anpassung an den Mainstream grundsätzliche Positionen nicht aufgegeben haben.

Nicht zuletzt hat radikale Politik für uns natürlich auch einen moralischen Aspekt: selbst wenn wir die endgültige Lösung auch nicht vorweisen können, wollen wir uns nicht damit abfinden, einfach nur zuzusehen und uns unser Plätzchen im Trockenen zu sichern.

Unsere Praxis

Inhaltlich wollten wir uns nicht auf eine bestimmtes Thema beschränken. Wir hatten an Aktionen überlegt zu verschiedenen Bereichen wie faschistische Organisierung, Faschisierung der Gesellschaft, sexistischer Rollback, Abbau des sozialen Netzes.
Als vorläufigen Schwerpunkt unserer Arbeit haben wir uns auf den Befreiungskampf des kurdischen Volkes bezogen. Wichtig war uns dabei, uns als deutsche linke Gruppierung dazu zu verhalten. Wir empfanden das weitgehende Nichtverhalten der radikalen Linken hier als eine Bankrotterklärung. Vielerseits mußte als Begründung dafür, die zum Teil berechtigte Kritik an der Politik der PKK herhalten. Kritik an der PKK stellt für uns aber keine Rechtfertigung für unsolidarisches Verhalten dar. In der Verstrickung des BRD-Staates, der wichtigster Kriegspartner der Türkei im Völkermord an den KurdInnen ist, sahen und sehen wir die besondere Verantwortung der deutschen Linken, ihre eigene Lethargie zu durchbrechen und sich den Bestrebungen der BRD offensiv entgegenzustellen.
Deutschland ist Kriegspartei im Völkermord in Kurdistan - militärisch, ökonomisch, politisch - und weiter verläßlichster Partner der türkischen Militärs: als verlängerter Arm der Aufstandsbekämpfung gegen den kurdischen Widerstand in Europa.
Daran hat sich nichts verändert.
Mit einer Reihe von Angriffen auf mitverantwortliche Institutionen der BRD am Krieg in Kurdistan wollten wir das Thema in der Linken pushen.

Der erste Schlag: Bundeswehr in Bad Freienwalde

Als erstes Objekt unserer Kampagne haben wir am 27.10.94 ein Gebäude des Verteidigungskreiskommando 852 der Bundeswehr in Bad Freienwalde, Kreis Märkisch Oderland, mit einem Brandsatz zerstört. Damals schrieben wir dazu:
"Wir haben uns eine Einrichtung der Bundeswehr wegen deren Zusammenarbeit und aktiven Unterstützung der türkischen "Sicherheitskräfte", auch stellvertretend für die Innen- und Außenpolitik der BRD im Zusammenhang mit dem kurdischen Befreiungskampf, als Ziel gewählt."
In unserer Erklärung haben wir ausführlich die Zusammenarbeit des BRD-Staates mit dem Regime in der Türkei dargelegt. An dieser Stelle soll der Verweis darauf genügen. Des weiteren haben wir die Kriminalisierung der KurdInnen in der BRD als ein wesentliches Element dieser Kooperation benannt.

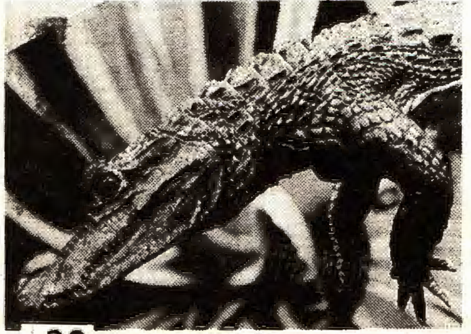


Potentiell hätte unser Angriff auch ein Auslöser dafür sein können, daß die Bundeswehr mehr in den Mittelpunkt des Interesses rückt. Die Entwicklung der deutschen Außenpolitik war wahrlich nicht schwer vorherzusehen. Spätestens nach dem Beginn des ersten deutschen Kampfeinsatzes seit Kriegsende auf dem Balkan muß der deutschen Armee mehr Interesse entgegengebracht werden.

Insgesamt gesehen war unser erster Angriff eine symbolische Aktion, die aber im Kontext der Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf und im Rahmen der Hetzkampagne gegen die PKK große Aufmerksamkeit durch die Presse erfuhr. Damit war ein Ziel, uns als deutsche Linke mit dem kurdischen Befreiungskampf in Bezug zu setzen, breit in die Öffentlichkeit getragen.

Auf dem Weg zum zweiten Schlag...

Der BRD-Staat wird seiner Aufgabe, den kurdischen Widerstand in der BRD gegen den Völkermord in Kurdistan zu brechen und mit Repressalien zu überziehen, weiterhin gerecht: Massenabschiebungen sind ein Garant des "inneren Friedens" und Kern imperialistischer Flüchtlingspolitik!
Die zynische, alle paar Wochen wiederkehrende Debatte um die Aufhebung des Abschiebestopps für KurdInnen, anfänglich aus Rücksicht auf die öffentliche Meinung noch auf sog. "Straftäter" beschränkt, die ihr "Gastrecht" in Deutschland mißbraucht hätten, wurde schnell als eine allgemeingültige, für alle anwendbare Angelegenheit betrachtet. Besonders hervorgetan bei der Durchsetzung dieser Linie haben sich die Minister Kanther (Bund), Beckstein (Bayern, Bunzlauerstr.23, 90473Nürnberg), Eggert (Sachsen, mittlerweile abgesetzt) und Heckelmann (Berlin). Abschiebung in Elend, Folter und Tod als drohendes Damoklesschwert für KurdInnen sollen hier die Friedhofsruhe erzwingen, die für die Umsetzung übergeordneter ökonomischer und hegemonialer Interessen des BRD-Staates nötig ist.
Neben den KurdInnen sind auch andere Flüchtlingsgruppen betroffen: So begannen Massenabschiebungen von Kriegsflüchtlingen und Deserteuren aus dem ehemaligen Jugoslawien. Das Deportationsabkommen mit Vietnam, "Rücknahme" der vietnamesischen Staatsangehörigen als Voraussetzung für wirtschaftliche Hilfen, stand vor dem Abschluß.
Abschiebungen größeren Stils müssen organisiert werden. Dafür bedarf es ausreichender Kapazitäten in der Abschiebehaft, denn die wenigsten gehen freiwillig.
In Berlin wird zu diesem Zweck der ehemalige DDR-Frauenknast in Grünau umgebaut. Mit bis zu 400 Haftplätzen werden damit die Kapazitäten der Abschiebehaft in Berlin mehr als verdoppelt. Die Konzentrierung der gesamten Abschiebeprozedur und die günstige verkehrstechnische Anbindung an den Flughafen Schönefeld effektiviert und organisiert fließbandmäßig die Abschiebung und verbilligt den ganzen Ablauf enorm.



Dieser neue Abschiebeknast geriet als zweites Angriffsziel in unseren Blick.
Die Kapazitäten der bisherigen Abschiebehaft in der Kruppstr. und den Gefangenensammelstellen der Polizei in der Gothaer Str. und Beimlerstr. stießen längst an ihre Grenzen. Überbelegung und unhaltbare inhumane Zustände führten öfters zu Gefangegenrevolten und zu Protesten humanistischer Gruppen. Diese Proteste beschränkten sich in den meisten Fällen auf das Aufzeigen von Mißständen in der Abschiebehaft, prangerten aber nicht Abschiebehaft und Abschiebungen als solche an. Symptomatisch dafür ist die Forderung eines gewissen Albert Eckert, Fraktion Bündnis 90/Grüne, der im Oktober 94 meinte, es sollen nur noch AusländerInnen inhaftiert werden, deren Abschiebung unmittelbar bevorstünde.
Als "Zwischenlösung" für das Problem Überbelegung wurde der ehemalige US-Militärknast in der "Mc Nair"-Kaserne in Steglitz mit 30 Abschiebehäftlingen belegt. Laut Pressemeldungen von Ende Juli 94 sollten auch auf dem Polizeistandort Gallwitzallee (Lankwitz) kurzfristig 80 neue Haftplätze entstehen. Was daraus wurde, wissen wir nicht.
Um den öffentlichen Protesten in Zukunft zu begegnen, warb der Innensenat, wie es auch schon bei den High-Tech-Knästen Weiterstadt oder Plötzensee der Fall gewesen ist, mit den vielfältigen Vorzügen des neuen Knastes in Grünau: ausreichend Kapazitäten, Gemeinschaftseinrichtungen, kleine Vollzugseinheiten, Krankenstation, Sportanlagen, DolmetscherInnen und SozialarbeiterInnen, ja sogar für mehr Platz für Hofgänge würde gesorgt, damit "sich die Abschiebehäftlinge auch mal die Füße vertreten können" (Norbert Schmidt, Pressereferent der Senatsverwaltung für Inneres).
Abzuschiebende Flüchtlinge sollen sich noch mal so richtig wohl fühlen in deutschen Abschiebeknästen, bevor Deserteure aus Jugoslawien ihr Leben dem nationalistischen Wahn opfern sollen und KurdInnen in den Folterkellern des türkischen Geheimdienstes MIT verschwinden.
Letztlich stehen diese Maßnahmen aber nur für mehr Kontrolle und das Verhindern von Revolten und Ausbrüchen, sowie für die Rationalisierung des Abschiebeverfahrens. Zudem wird damit den Protesten gegen unhaltbare Zustände in der Abschiebehaft das Wasser abgegraben.

Es geht nicht um Humanisierung als Ziel. Es geht um die Abschaffung der Abschiebehaft als Schritt auf dem Weg zum generellen Aufenthaltsrecht für alle Flüchtlinge!

Als unseren Beitrag dazu war die Sprengung des Knastes in Grünau geplant. Ein Gelingen der Aktion hätte weit mehr als symbolischen Charakter gehabt. Es hätte einen effektiven Eingriff in die Umsetzung der Abschiebebeschlüsse bedeutet und den Ausbau der Maschinerie zumindest vorübergehend gestoppt.

Zur verhinderten Aktion in Grünau

Vieles davon, was in der Presse über die Geschehnisse vom 11.04. berichtet wurde, ist richtig. Das Auffinden der beiden Fahrzeuge auf dem Waldparkplatz an der Rabindranathstraße war tatsächlich auf einen unglücklichen Zufall zurückzuführen. Eines war gestohlen und enthielt die Sprengsätze und anderes Material für die Aktion, z.B. einen Zylinderschloßauszieher, den wir mitführten, um überraschenderweise doch verschlossene Türen öffnen zu können, während in dem anderen diverse Ausweispapiere und weitere persönliche Gegenstände waren. Eine durch den Wald schleichende Bullenstreife wurde auf die Autos aufmerksam und durchsuchte sie.

Diese Konstellation zweier Fahrzeuge, die den Bullen die Fahndung nach vier Personen ermöglichte, war aber nicht das Ergebnis irgendeiner Planung, sondern Resultat einer Panne, in deren Folge wir relativ kopflos die Gefährdung Unbeteiligter aus den Augen verloren haben. Näheres dazu wollen wir nicht sagen, wir überlassen es den Gesuchten, die tatsächlichen Gründe, warum sie in die Fahndung geraten sind, offen zu machen, wenn sie das wollen.

Richtig ist, daß der Abschiebeknast gesprengt werden sollte.
In der Presse wurde behauptet, der Knast wäre bestens bewacht gewesen. Das stimmt so nicht. In einem Gebäude in einer Ecke des Geländes war eine Wache, die offensichtlich auch besetzt war. Streifengänge der Wachen auf dem Gelände des Knastes konnten wir trotz intensiver Beobachtungen, und dafür gab es gute Möglichkeiten, nicht ausmachen. Tage nach unserer verhinderten Aktion wurde ein Wachturm mit Bütteln besetzt, das war vor der Aktion nicht so. Einmal mit Leitern die Mauer überwunden konnten wir über's ganze Gelände spazieren und in den Gebäuden flanieren: es gab keine verschlossenen Türen.
Für die Sprengung wurden 4 Propangasflaschen mit je 30 kg Natriumchlorat-Puderzucker-Gemisch (80:20) bestückt und mit Zeitzündern versehen. Die Flaschen hätten wir im Keller, in der Nähe tragender Bauteile, deponiert. Die tragende Substanz des Hauptgebäudes sollte so weit zerstört werden, daß aufgrund der statischen Schäden der gesamte Knast hätte abgerissen werden müssen.
Im Transit lagen Tafeln, die vor der bevorstehenden Sprengung warnten und mit dem Namen der Gruppe unterschrieben waren. Sie sollten an den diversen Eingangstüren des Gebäudes angebracht werden, um eventuell doch auf einem Streifengang befindliches Wachpersonal vor dem Eintritt in das Gebäude zu warnen und sie aufzufordern, sich in Sicherheit zu bringen. Dies war aufgrund unserer Beobachtung aber nicht zu erwarten.
Es war ausgeschlossen, daß weitere Personen durch den Angriff gefährdet worden wären.

Meldungen, wonach im Transit scharf gemachten Bomben gestanden hätten, die Zeitzünder tickten und wir damit rumgegondelt wären, sind einfach nur lächerlich.
Dazu gehört auch die Behauptung, unser Selbstlaborat hätte die achtfache Sprengwirkung der Oklahomabombe (in Oklahoma/USA wurde im April ein Verwaltungsgebäude, in dem sich ein Büro der CIA, aber auch ein Kindergarten befand, vermutlich von Faschisten zerstört). Eine Assoziation mit den toten Kindern in Oklahoma sollte herbeigeredet werden. Die Bombe in den USA bestand auf 95% Ammoniumnitrat (Düngemittel) und 5% Benzin oder Diesel (Kohlenstoff) und stellt damit "richtigen" Ammoniumsprengstoff dar, der über eine weitaus größere Sprengkraft verfügt als Natriumchlorat-Gemisch.

Die Pressemeldungen entsprechen nicht nur der Unkenntnis und den Phantasievorstellungen der GazettenschreiberInnen, sondern decken sich mit dem Interesse des Staatsschutzes, aus dessen Feder sie stammen könnten. Ziel ist es, ein Feindbild zu erzeugen, durch das alle zu potentiellen Opfern unserer Aktion hätten werden können und alles möglichst verwerflich darzustellen. Dadurch soll eine Auseinandersetzung mit dem politischen Kontext unserer Aktion und eine mögliche Solidarisierung unterbunden werden.

Zu unseren Fehlern

Für die Ausführung der Aktion hatten wir uns einen festen Termin gesetzt, dem ein, wie sich herausstellte, äußerst knapp berechneter Zeit- und Arbeitsplan vorausging. Je näher der Tag der Aktion kam, desto deutlicher wurde, daß wir keinen Raum miteingeplant hatten, um neu auftretende Probleme und die latent vorhandenen Ängste der Einzelnen zu thematisieren und kollektiv lösen zu können. Wir verfielen einem Mechanismus, der in unserer Männercombo nicht unbedingt neu war: es wurde von jedem Einzelnen verantwortlich am eigenen Aufgabenbereich gearbeitet und dabei der Blick für das Ganze verloren. Grundsätzlich muß als Fehler benannt werden, daß bei jeder Aktionsplanung, und insbesondere bei einer von dieser Dimension, immer die Zeit für gemeinsame Zwischenresümees bleiben muß. Aufgrund eines gesteckten Zieles bzw. der Einhaltung eines Zeitplanes darf nicht über die aktuelle Situation der einzelnen Beteiligten hinweggegangen werden.
Bei der in Grünau geplanten Aktion hatten wir baugleiche Zeitzünder wie bei unserem Angriff auf ein Gebäude der Bundeswehr in Bad Freienwalde verwendet, außerdem hatten wir die Warnzettel mit unserem Namen unterschrieben. Dadurch haben wir uns schon vor Beendigung der Tatdurchführung in Zusammenhang mit einer vorangegangenen Tat gebracht. Viele haben sich sicherlich gefragt, wie wir auf diese Regelverletzung des autonomen Einmaleins gekommen sein könnten. Hier die alles erklärende "Logikkette":
Zunächst mal hatten wir uns schon lange vor der Grünauplanung auf einen Zündertypus spezialisiert, auf dessen Funktionstüchtigkeit wir uns verlassen konnten.
Für die Grünau-Aktion hatten wir zwar noch die Möglichkeit einer abweichenden Zündvorrichtung angedacht, diese zusätzliche Arbeit aber aus folgenden Gründen sogleich wieder verworfen:
Wir sind davon ausgegangen, daß eine Entdeckung und Festnahme von uns, wenn überhaupt, dann auf dem hochummauerten Gelände des Knastes stattfinden würde, wo Fluchtmöglichkeiten ausgesprochen schlecht waren - Knast halt. Da wir das mögliche Strafmaß für die Sprengung des Knastes als sehr hoch eingeschätzt hatten, machte sich bei uns das Gefühl breit, die Freienwalde-Aktion würde diesbezüglich den Kohl auch nicht weiter fett machen. Also konnten wir beruhigt die dieselbe Zündvorrichtung benutzen.
Und da wir nach unserer Logik dadurch den Zusammenhang mit Bad Freienwalde offengemacht hatten, sprach nichts mehr dagegen, die Warnzettel auch noch mit unserem Namen zu unterschreiben.
Zum einen gingen wir davon aus, daß mit unserem Namen unterschriebene Warntafeln ernster genommen würden. Zum anderen wollten wir dadurch erreichen, daß bei einer erfolgreichen Sprengung schon die ersten Pressemeldungen den Bezug zur ersten Aktion herstellen und somit den politischen Kontext der Aktion veröffentlichen würden.
In dieser "Logik"-Kette macht sich unsere damalige "Alles oder Nichts"-Haltung deutlich. Wie der Verlauf der Nacht und die weiteren Ermittlungen der Bullen zeigen, war dieses Vorgehen viel zu kurz gedacht. Die, die durch unsere Fehler ins Visier der Bullen geraten sind, haben sich nun mit dem Problem auseinanderzusetzen, daß ihnen die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung vorgeworfen wird. Das wäre ohne die Baugleichheit und die unterschriebenen Warnzettel für die BAW nicht so einfach gewesen.
Diese Vorgehensweise stellte auch für uns selber eine unnötige Gefährdung dar. Jede Aktion sollte so geplant werden, daß bei einer Festnahme vor oder während der Aktion einem/r nicht auch noch vorangegangene angelastet werden können.

Fazit:

Entgegen dem durch die Presse vermittelten Bild, Berlin-Grünau hätte kurz vor einer Kamikazeaktion gestanden, wäre die von uns geplante Aktion durchführbar gewesen. Tatsache ist aber, daß wir in der Planung einiges an schwerwiegenden Fehlern produziert haben. Unserer Meinung nach war der Größte, uns nicht die ausreichende Zeit gelassen zu haben, im rechten Moment nicht von dem einmal gesetzten Termin losgelassen zu haben und bei auftretenden Pannen weder Ausweichmöglichkeiten noch den nötigen Raum für deren Beseitigung eingeplant zu haben. Die meisten der weiteren Fehler sind aus diesem Zeitdruck heraus entstanden, dem Unvermögen, die Probleme so ausreichend und gemeinsam zu diskutieren, bis für alles die beste Lösung gefunden ist.

Wir müssen aus diesen Fehlern Konsequenzen ziehen. Die Funktionalisierung von Personen, die wir der Justiz in die Hände gespielt haben, können wir durch unser Bedauern nicht rückgängig machen. Wir können nur versuchen, soweit das in unserer Macht steht, den Schaden zu begrenzen.
Unserer eingangs des Papieres formulierten Verantwortung sind wir nicht gerecht geworden. Der von uns anvisierte Effekt, mobilisierend auf die radikale Linke zu wirken, hat sich durch unser Scheitern und durch die Art des Scheiterns ins Gegenteil verkehrt!
Wir werden unsere politische Arbeit als K.O.M.I.T.E.E. beenden. Diese Entscheidung haben wir aufgrund der Gesamtheit der von uns verursachten Fehler gefällt.
Eine Weiterführung unserer Politik unter diesem Namen könnte eventuell auch noch den jetzt Beschuldigten zur Last gelegt werden. Wir kennen die Verurteilungswut deutscher Gerichte in 129a-Prozessen und wissen, daß sie Angeklagte nicht nach Beweislage, sondern nach politischer Opportunität verurteilen.
Unsere Entscheidung ist kein Abgesang auf militante Politikformen im Allgemeinen, sondern unsere persönliche Konsequenz aus dem Debakel. Wir finden es nach wie vor wichtig und richtig, auch mit militanten Mitteln, in die politischen und militärischen Pläne der Herrschenden einzugreifen und ihre Projekte, wo immer möglich, zu benennen, anzugreifen und zu verhindern.
Wir freuen uns sehr über die Initiative des K:O:L:L:E:K:T:I:V's, die unser Thema aufgegriffen haben und konsequent weitertragen.

6.9.95

DAS K.O.M.I.T.E.E.





Bomben für den NATO-Frieden

Diskussionsveranstaltung der Gruppe Kritik und Diskussion
am 27.10. um 19.30
in der Stadtteiletage
(Schanzenhof, Mittelpassage).

Nach Beginn der massiven Lufrangriffe auf serbische Stellungen redete NATO Generalsekretär Claes Klartext. Nach vierzig Jahren, so teilte er stolz mit, habe die NATO erstmals die Gelegenheit ihre Waffen einzusetzen. Endlich könne die NATO Handlungsfähigkeit und Glaubwürdigkeit demonstrieren. Der Öffentlichkeit leuchtete dies ein. Die bosnischen Serben wurden ultimativ zum Truppenrückzug aufgefordert und haben nicht reagiert. Von Fischer bis Kohl war man sich einig, daß der NATO keine andere Möglichkeit bleibt, als anzugreifen. "Bomben für den Frieden": so geht bedingungslose deutsche Kriegsbegeisterung.
Nur: welchen Frieden strebt die NATO eigentlich an, wenn sie Jugoslawien in vier bis fünf erznationalistische Staaten zerlegt? Warum ist die ethnische Säuberung von über hunderttausend Krajina-Serben durch das Trudjman-Regime kein Grund westlichen Eingreifens? Wieso sind der NATO kroatische Regierungstruppen in Bosnien so willkommen? Weshalb fordert die NATO lediglich von der serbischen Seite, sich an die entmilitarisierten Zonen zu halten? Wie soll die serbische Seite auf das NATO-Ultimatum eingehen, sie hätte gefälligst keine Bedrohung der "moslemischen" Gebiete mehr darzustellen? Sollen Karadzic & Co eigentlich an einen Verhandlungstisch gebombt werden, oder geht es der NATO um die bedingungslose Durchsetzung eines kroatisch-moslemischen Bosniens in den ehemaligen Verwaltungsgrenzen des jugoslawischen Vielvölkerstaats?
Jedenfalls geht es der NATO um's Prinzip. Um welches Prinzip wird bei unserer Veranstaltung diskutiert.

Auswärtiges Amt gibt Stellungnahme zur Auslieferung von B. Ramos Vega ab

Angeblich keine Folter in Spanien

Seit Januar diesen Jahres sitzt der spanische Staatsbürger Benjamin Ramos Vega in der Justizvollzugsanstalt Moabit in Auslieferungshaft. Ihm wird von den spanischen Behörden vorgeworfen, für die ETA unterstützend tätig gewesen zu sein. Die ihm gemachten Vorwürfe treffen nicht zu. Die Aussagen, auf die sich die Vorwürfe gegen Benjamin Ramos Vega begründen, sind von den spanischen Sicherheitsbehörden unter Folter erzwungen worden. Jetzt gab das Auswärtige Amt eine Stellungnahme zu den Auslieferungsverfahren von Benjamin Ramos Vega ab.

In einer knappen Stellungnahme bestreitet das Auswärtige Amt Kenntnisse über Folter in Spanien. Es gäbe keine unabhängigen Quellen, die belegten, daß in Spanien *„menschenrechtswidrige Praktiken zur Erpressung von Aussagen bis hin zur Folter angewandt"* würden. Dies ist nachweislich falsch.

Folter ist in Spanien kein Einzelfall, sondern wird systematisch gegen VertreterInnen der baskischen Unabhängigkeitsbewegung und andere Oppositionelle angewandt. Dies wird seit Jahren in veröffentlichten Berichten von *amnesty international* und der *Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen* beschrieben und scharf kritisiert.

Der Sicherheitsapparat des spanischen Staates ist seit der Franco-Zeit nicht reformiert worden und setzt nach wie vor menschenrechtswidrige Methoden ein. Der Skandal um die Todesschwadrone GAL belegt dies am deutlichsten.

Die GAL hat zahlreiche baskische PolitikerInnen bedroht, gefoltert und ermordet. Die Strukturen der GAL reichen bis in höchste Kreise der spanischen Sicherheitskräfte und des Staatsapparates. So wurden die Leichen zweier 1983 entführter und verschwundener Basken erst im März 1995 identifiert. Die beiden Basken sind vor ihrer Ermordung in einem Gebäude des Innenministeriums in San Sebastian gefoltert worden.

Der Oberst der Guardia Civil, Enrique R. Galindo, hat diese Folter öffentlich gerechtfertigt und gutgeheißen. Er ist vor kurzem zum General befördert worden. Selbst gegen den spanischen Ministerpräsidenten und derzeitigen EU-Ratspräsidenten Felipe González wird wegen Verwicklungen in die GAL-Affäre ermittelt und erwogen, Anklage zu erheben.

In seiner Stellungnahme geht das Auswärtige Amt auf diese Fakten mit keiner Silbe ein. Es heißt lapidar: *„Die Erkenntnisquellen des Auswärtigen Amts"* seien *„ausgeschöpft"*. Dies kann nur bedeuten, daß das Außenministerium diese Tatsachen bewußt verschweigt oder mit Blindheit geschlagen ist. Ersteres dürfte der Fall sein.

Das Auswärtige Amt geht den inzwischen von spanischen Strafgerichten und vielen unabhängigen Stellen erhobenen Vorwürfen zur Folter und Menschenrechtsverletzungen nicht nach. Statt dessen befürchtet das Außenministerium in seiner Stellungnahme, daß *das „von spanischer Seite als beleidigend zurückgewiesen"* werden könnte. Gleichfalls rät das Außenministerium dem Gericht davon ab, sich bei einer eventuellen (?) Zusicherungen z. B. hinsichtlich des Verfahrens oder der Foltergefahren geben zu lassen, weil *„die Reaktion der spanischen Seite vermutlich äußerst kritisch ausfallen wird und sich Rückwirkungen auf den Rechtshilfeverkehr"* ergeben könnten. Dies bezieht sich ebenso auf Sondierungen der Botschaft zwecks weiterer Untersuchungen, da diese *„als Anzweifelung der Rechtsstaatlichkeit und Vertragstreue Spaniens ... als beleidigend zurückgewiesen würden"*.

Es ist offensichtlich, daß in Spanien von Rechtsstaatlichkeit keine Rede sein kann, sondern Oppositionelle mit allen Mitteln bis hin zum politischen Mord verfolgt werden.

Da Spanien aber Mitgliedstaat der EU, der Nato und des Schengener Abkommen ist, wird dies von den entsprechenden Staatengemeinschaften hingenommen. Die Kooperation der EU-Staaten geht also so weit, daß im Namen sogenannter Terrorismusbekämpfung Folter und Mord gedeckt werden.

Benjamin Ramos Vega hat bei seiner Auslieferung kein rechtsstaatliches Verfahren zu erwarten, da angenommen werden muß, daß unter Folter erlangte Beweise gegen ihn verwendet werden. Benjamin droht bei einer Auslieferung ebenfalls Folter. Eine Auslieferung von Benjamin Ramons Vega unterstützt sowohl die Folter, die dann als legitimes Mittel der staatlichen Gewalt akzeptiert würde, als auch die politische Verfolgung in Spanien, da das Verfahren gegen ihn ausschließlich politisch motiviert ist.

In einem ähnlich gelagerten Fall wurde 1993 durch das zuständige Appellationsgericht in Belgien die Auslieferung von zwei Basken nach Spanien verweigert. Beide Personen leben derzeit legal in Belgien. Die entsprechenden Unterlagen sind bei dem 4. Strafsenat des Kammergerichts unter dem Vorsitz von Richter Nöldecke eingereicht worden.

Benjamin Ramos Vega hat inzwischen in der Bundesrepublik einen Antrag auf politisches Asyl gestellt. Dieser ist inzwischen abgelehnt worden, wobei die Menschenrechtssituation in Spanien nicht berücksichtigt wurde. Die Anwältin von Benjamin Ramos Vega hat gegen diesen Bescheid Widerspruch eingelegt.

Der Grund für seine fortdauernde Haft besteht für das Gericht darin, daß Benjamin Ramos Vega „versuchen würde, sich dieser (seiner Auslieferung) innerhalb Deutschlands mit Hilfe der offenbar auch hier vorhandenen Sympathisanten zu entziehen und gegebenenfalls unterzutauchen. Die dem Senat bekannte ... gesundheitliche Situation des Verfolgten macht es zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht erforderlich, den Auslieferungshaftbefehl aufzuheben ..."

Seit seiner Verhaftung vor nunmehr sieben Monaten ist Benjamin Ramos Vega in Isolationshaft. Das bedeutet für ihn

* 23 Stunden Einschluß
* Einzelhofgang
* Kontaktverbot zu anderen Gefangenen
* Verbot von Briefen in seiner Muttersprache.

Nur alle zwei Wochen ist ihm eine halbe Stunde Besuch erlaubt, wobei per Gerichtsbeschluß eine vereidigte Dolmetscherin anwesend sein muß. Diese vereidigten DolmetscherInnen müssen die BesucherInnen privat bezahlen, pro Besuch heißt das ca. 250,— DM.

Es ist klar, was das bedeutet, sowohl für Benjamins Angehörige, die keine reichen Leute sind und zudem noch die Anreise aus Barcelona bezahlen müssen, wie auch für uns, die wir hier versuchen, der Isolation durch regelmäßige Besuche zumindest etwas entgegenzusetzen.

Benjamin ist HIV-positiv. Bei seiner Festnahme war er gesund, inzwischen ist bei ärztlichen Untersuchungen festgestellt worden, daß sich sein Gesundheitszustand verschlechtert. GenossInnen und FreundInnen, die ihn aus Barcelona kennen und ihn jetzt besucht haben, waren erschrocken, wie stark sich die Auswirkungen der Isolationshaft bei den Besuchen bemerkbar machen.

Dieser Zustand ist unerträglich:

Keine Auslieferung von Benjamin Ramos Vega!
Benjamin muß sofort raus!

Wir sind gern bereit, weitere Informationen über das Verfahren gegen Benjamin Ramos Vega sowie Hintergrundinformationen über die Situation in Spanien zuzusenden.

Solidaritätskomitee Benjamin Ramos Vega, Wilhelmstr. 9, 10963 Berlin, Tel. u. Fax 030/2518539 (Mo bis Fr 10.00 bis 14.00 Uhr)

Spendenkonto: M. Wegner, Stichwort Benjamin, Konto 771781-104, Postbank Berlin, BLZ 100 100 10

□

Hungerstreikerklärung von Christian Klar vom 3.9.95

Es gibt eine ganze Reihe von Problemen, die ein Gefangener aus eigener Kraft lösen kann, wenn ein Minimum an Bewegungsfreiheit innerhalb eines Knastes oder eines Flügels existiert, die Zusammensetzung der Gefangenenbelegung nicht völlig manipuliert werden kann (also anders als in kleinen Abteilungen oder "Wohngruppenvollzug"), findet sich immer eine Spur von Beziehungen, die zu solidarischem Handeln entwickelt werden kann. Da ist ein Boden, auf dem ein Kampf gegen die Erniedrigung und die die unzähligen Restriktionen des "Knastalltags" aus eigener Kraft aufgenommen werden kann und auch zu positiven Erlebnissen führt.

Der Alptraum beginnt da, wo der Knast bzw. die übergeordneten Behörden die weitergehende oder vollständige Absonderungen anordnen (wie hier in Bruchsal, seit nun bald einem halben Jahr bei Iven Jelinic) oder wo sie die Isolierung nach draußen zuspitzen (durch die Besuchsbedingungen, Besuchsverbote, Postzensur) oder wo sie Erkrankungen von Gefangenen gezielt zur Schwächung der Widerstandskraft ausbeuten (durch Verschleppung oder Verweigerung angemessener medizinischer Behandlung).

Und natürlich gehört dazu die Doktrin, gemeinsame Unterbringung der politischen Gefangenen zu vereiteln.

Hungerstreik ist eine Kampfform, die diese Brücke nach draußen sucht. es ist der kämpferische Vorschlag, für eine Zeit und für ein konkretes Ziel die Kräfte zusammenzutun.

Vergangenen Freitag habe ich den folgenden Zettel zur Anstaltsleitung gegeben:

1.9.95

Ab heute bin ich im unbefristeten Hungerstreik für die Aufhebung aller verhängten Besuchsverbote; für die Zulassung von bis zu drei Personen bei Besuchen, wie es hier allgemein möglich ist; für die Aufhebung des Telefonverbotes; für die Achtung meines Rechts auf Briefkontakte.

Zu den Besuchsverboten: die wurden verhängt gegen: Günter Sonnenberg, Bernd Meyer (ein ehemaliger Gefangener, der nach der Knastrevolte 1990 in Löhlsbüttel nach Bruchsal zwangsverschubt wurde und 1994 entlassen worden ist), Irmgard Möller, Lutz Taufer, Manuela Happe, Stefan Wisniewski (das Betrifft einen Antrag auf "Besuchszusammenführung", im Zuge eines Transports, der Stefan nach Baden-Württemberg führen würde).

Die Besuchsverbote wurden jeweils damit begründet, daß die Besuche "schädlichen Einfluß" auf den Gefangenen haben würden, der dem "Vollzugsziel" entgegensteht.

Zur Zensur: Ich kenne eine absolut zerstörende Zensurpraxis aus den Jahren 82 bis 89. Nach dem HS im Jahr 89 veränderte sich die Sache zum besseren, nun kehrt es sich seit einer Weile wieder um, neben unzähligen "wilden" Postanhaltungen (nach Tageslaune des Zensors), sind hier auch Schwerpunkte festzustellen: Nachdem eine Gefangene aus action directe versuchte, einen Briefwechsel zu beginnen, wurde jeder politische Text aus der Diskussion der Gefangenen in Frankreich angehalten. Ein zweiter Schwerpunkt liegt auf der Behinderung der Diskussion mit Genossen in Berlin, die sich stark für eine Auseinandersetzung um die Deutschnationalen Strömungen (auch in der Linken) einsetzen.



Das Flora Plenum gibt`s (so) nicht mehr...

Versuch einer Aufarbeitung der Ex-Plenums Leute mit der Entwicklung des Plenums

In der letzten ZECK gab`s ja schon eine Kurzmeldung:
Das Flora-Plenum hat sich aufgelöst, stattdessen hat sich ein Orgarat konstituiert.
Wir wollen jetzt (mal wieder ziemlich spät, sorry!) versuchen, die Diskussionen und die Entwicklung, die zu diesem Ergebnis führten für alle Interessierten darzustellen und nachvollziehbar zu machen. Schon mal vorweg:
Die Entscheidung, das Flora-Plenum in der alten Form und Besetzung aufzulösen, ist in einen langen und anstrengenden Prozeß eigener Unzufriedenheiten der Plenums-TeilnehmerInnen und äußerer Kritik von anderen Flora-AktivistInnen, die nicht (mehr) auf dem Plenum saßen eingebettet. Und:
Die Entscheidung ist zwar im Konkreten vom Ex-Plenum getroffen worden, war aber auch Ergebnis zweier Flora Vollversammlungen in den letzten Monaten.
Daß wir von diesen vorangegangenen Diskussionen nichts öffentlich gemacht haben, nicht andere - Flora externe Gruppen - miteinbezogen haben, finden wir im Nachhinein mindestens unglücklich. Wir können es nur darüber erklären, daß wir reichlich gefangen waren in diesen Diskussionen um die Zukunft und die Legitimation des Plenums in der bis dahin bestehenden Form. Mit anderen Worten: Wir hatten alle Hände voll mit uns selber zu tun, mit selbstkritischer Aufarbeitung der Entwicklung des Plenums, die zu dieser Krise geführt hat; mit deren Analyse und Einordnung in die allgemein gewandelte Szene-Struktur der Linken und damit, Ideen zu finden, wie das Plenum eines autonomen Zentrums organisiert sein müßte, um arbeitsfähig und unseren Ansprüchen gerecht zu sein. Die Vorstellungen der einzelnen PlenumsteilnehmerInnen waren hier teilweise recht unterschiedlich.
Nun wollen wir also mit diesem Text versuchen, den Weg zur Auflösung des Flora-Plenums dadurch transparent zu machen, indem wir den Umstrukturierungsprozeß in der Flora auch in die allgemeinen Entwicklungen in dem Kasten der letzten Jahre einordnen. Es soll ein Versuch sein, andere Gruppen und Leute auch außerhalb der Flora soweit über die letzten Entwicklungen und den aktuellen Stand zu informieren, daß sie sich



dazu äußern können und eventuell in den weiteren Prozeß miteinbringen können. Denn klar ist allemal: die Flora besteht nicht nur aus den Leuten der Flora-Gruppen!
Uns geht es noch immer um die Frage, wie die Struktur eines autonomen Stadtteilkulturzentrums funktionsfähig organisiert und gefestigt werden kann. Wenn wir diese Frage als Ex-Plenum jetzt in den Raum stellen, tun wir dies aber nicht, -das soll hier ganz ausdrücklich betont werden- um dem sich gerade entwickelnden Orgarat Steine in den Weg zu legen, oder gar damit ein Mißtrauen gegen diese Struktur und den jetzt darin arbeitenden Leuten zu äußern. Es geht uns vielmehr um eine Aufarbeitung und eine Transparenmachung der Strukturveränderung innerhalb der Flora, mit all den Gründen und Ursachen, die wir dafür sehen und den Fehlern und Problemen unserer Arbeit als Flora-Plenum, die uns bewußt geworden sind.
Es kann sein, daß mit diesem Text der Eindruck des Abgejammerns entsteht. Wir geben uns alle Mühe, dagegen an zu schreiben, denn wir wollen weder Verantwortung wegschieben oder uns mit Selbstvorwürfen geißeln, noch wollen wir mit einseitigen Schuldzuweisungen in die eine oder andere Richtung arbeiten oder gar ein plattes Abgejammer über den „Niedergang der Linken" ganz allgemein produzieren.
Wir wollen versuchen, unsere Arbeit und darin entstandene Fehler, aber auch gute Versuche zu resümieren und sie nicht nur auf einen Teilaspekt reduzieren.
Nun denn...
Das Sommerloch ist vorbei und nobody is perfect, also rein in den

GRIFF IN DIE MOTTENKISTE
oder: Wie alles begann

Seitdem es die ersten Ideen gab, das Gebäude der alten Oper Flora neu mit Leben und vor allem mit linken kulturellen und politischen Inhalten zu füllen, gab es auch einen Kollektivanspruch an die zu entstehende Struktur (Flora für alle - alle für Flora). Und seitdem diese Idee in die Tat umgesetzt wurde (also spätestens seit September 1989), gab es auch ein Plenum. Wir wollen damit anfangen zu schildern, wie dieses Plenum zu Beginn gearbeitet hat und die Entwicklung nachverfolgen bis zum heutigen Stand der Dinge.
Der *Kollektivanspruch* ist in der ersten Zeit nach der Besetzung der Flora auf dem dortigen Plenum gut umgesetzt worden. Es gab viele interessierte und engagierte Leute. Die damaligen Ziele, den Kasten mit „unseren" Inhalten zu füllen und gegen die Pläne der Stadt Hamburg durchzusetzen wurden breit getragen und mannigfaltig unterstützt.
Die Plenums-Leute waren die, die auch ganz viel in der Flora gemacht haben; die Struktur war relativ offen und neben einem Austausch der hier arbeitenden Gruppen wurde politisch diskutiert. Vorrangiges Thema war hier natürlich: "Wie können wir Flora durchsetzen, unsere Ideen realisieren, uns organisieren?" usw. Es wurde aber ebenso zu aktuellen politischen Ereignissen diskutiert, geplant, organisiert und sich verhalten, wie z.B. zur Ermordung von Conny in Göttingen 1989.
Wenn das Plenum auch zur damaligen Zeit bestimmt keine homogene Gruppe war, können wir jedoch wohl sagen, daß es einen größeren gemeinsamen Nenner gab, als es heute der Fall ist. Dieses gilt wohl nicht nur speziell für die Flora, sondern ganz allgemein für die Linke. Es waren viel weniger theoretisch abstrakte Anspruchsformulierungen notwendig, denn klar war für alle: Wir wollen *Flora als Zentrum autonomer Politik*, als Treffpunkt, Kommunikationsort und als Raum, der die Möglichkeit bietet sich zu bestimmten politischen

Ereignissen und Themen zu treffen, gemeinsam zu planen, organisieren und Aktionsformen zu entwickeln und auszuführen. Flora wollten außerdem alle *als Raum kultureller und handwerklicher Arbeit auf der Basis von Selbstverantwortung und Autonomie*. Daraus entstand wohl auch der Konsens, daß es eine allgemeine Struktur innerhalb dieses Zentrums geben muß, die als Entscheidungsgremium dient. Die Anfangsphase des Plenums war also vorwiegend dadurch geprägt, die Ideen mit konkretem Inhalt zu füllen und zu realisieren. Das große Interesse an diesen Ideen brachte auch viel Engagement auf's Plenum - es war eine gewisse Eigendynamik, die das Flora-Plenum bestimmt hat.

Es ist schwer, im Nachhinein zu sagen, wann dieses Engagement nachließ. Wir würden vielmehr sagen, daß es eine *schleichende Entwicklung* war, *die den ersten Enthusiasmus vertrieben hat, ein Zusammenschrumpfen des Plenums zur Folge hatte und kaum mehr aufgefangen bzw. verändert werden konnte*. Gründe fallen uns dazu allerdings schon ein:

Wie schon gesagt, war das Flora-Plenum schon immer *ein bunt zusammengewürfelter Haufen von Leuten mit unterschiedlichen Interessen und Strömungen linker Politik*. Die Unterschiedlichkeit verschiedener „Fraktionen" wurde mit der Zeit auch immer deutlicher, warfen Probleme auf und wurden durch unser *Konsens-Prinzip* für Entscheidungen auch nicht gerade einfacher. Außerdem gab es sehr schnell die sogenannte *„Flora family"*, eine feste Clique, ein Klüngel, öfter auch als „das ZK" betitelt, in immer unterschiedlicher Besetzung. Allgemeiner gesagt heißt das: es bildeten sich innerhalb der Plenumsgruppe verschiedene Untergrüppchen, die sich entweder über eine gemeinsame politische Linie oder/und über „bloße Sympathie" fanden. *Cliquenbildung* ist innerhalb einer Gruppe aber bekanntermaßen immer ziemlich unproduktiv - also auch hier wieder kein Floraspezifikum.

Es gab aber auch immer wieder verschiedene *inhaltliche Punkte zur Struktur des Plenums, in denen eigentlich nie eine Einigung erzielt werden konnte* und die einer Auseinanderentwicklung Vorschub leisteten, sowie viele Leute vom Plenum „vertrieben" hat.

Wir wollen an dieser Stelle mal einige nennen und erläutern:

__Das Deligierten Prinzip__

Nachdem der erste „Run auf's Flora Plenum" verebbt war, setzte sich das Plenum aus Flora-Gruppen Mitgliedern, aber auch einigen Einzelpersonen zusammen. Von einigen Gruppen waren alle Mitglieder vertreten, von anderen wiederum nur ein oder zwei. Es gab vermehrt den Wunsch, das Plenum zu einem reinen Deligierten-plenum zu machen; also pro Flora-Gruppe werden ein bis zwei (wöchentlich unterschiedliche) Deligierte entsandt, die Diskussionen zurück in ihre Gruppen tragen und zur Entscheidungsfindung die Gruppenmeinung auf dem Plenum vertreten. Es wurde als ungerecht empfunden, auf dem Plenum zu zweit aus einer Gruppe einer Front von vielleicht zehnen einer anderen Gruppen gegenüber zu sitzen, die dann vielleicht auch noch die genau andere Meinung vertreten und durch ihre Überrepräsentanz vielmehr Raum auch bei Entscheidungsfindungen einnehmen.



Das Deligierten Prinzip wurde eigentlich auch von allen als gut erachtet, aber schien in der konkreten Umsetzung unmöglich.Denn:

1.) Was ist mit denen, die in keiner festen Flora Gruppe sind, sich aber sehr wohl in Diskussionen miteinbringen wollen?

2.) Längere Diskussionen setzen kontinuierliche Teilnahme voraus. Immer unterschiedliche Deligiertenzusammensetzung erschwert die Diskussion enorm.

3.) Außerdem gab es schon immer verschiedenen Gruppen in der Flora, die sich nie an einer gemeinsamen Struktur des Plenums beteiligt haben und somit das Deligierten Prinzip ad absurdum geführt haben.

Die Diskussion pro oder contra Deligierten Prinzip wurde des öfteren geführt, aber brachte nie ein abschließendes Ergebnis, bzw. eine konsequente Umsetzung. Einige Leute nervte das koloßal!

__Offenes oder internes Plenum?__

Diese Frage gewann besonders 1990 nach der Enttarnung der Bullenspitzelin Christa Manz in der Flora an Bedeutung. Es kann nicht angehen, daß es den Bullen so ohne Weiteres möglich ist eine Spitzelin in unsere Mitte zu pflanzen. Ein Bedürfnis auch nach persönlichem Schutz vor sowas wurde groß.

Aber auch hier war eine Entscheidungsfindung, wie das Plenum nach solchen Kriterien zu strukturieren sei, nicht gerade leicht. Es entbrannten viele Diskussionen, verschiedenste Versuche wurden gestartet, dieses Problem in den Griff zu kriegen (Mal nur internes Plenum, dann ein internes und ein offenes, dann wieder doch ein relativ offenes...). Eine längere Zeit gab es neben dem „internen" auch ein offenes Plenum für alle die, die sich in die Flora Struktur neu miteinbringen wollten. Dies war eine sehr produktiver Versuch, die Inhalte des Plenums transparent zu machen, indessen Folge viele neue Leute des offenen Plenums dann zum „internen" Plenum wechselten. Danach wurde diese Regelung dann allerdings nicht mehr weitergeführt.

Ein Hauptargument gegen ein internes, also eine feste, geschlossene Plenumszusammensetzung, war immer wieder, daß wir eigentlich auch neue Leute auf dem Plenum wollten, daß wir uns vergrößern wollten, transparent sein und uns nicht vor allen anderen, uns unbekannten Menschen abschotten wollten. Auch dieses Problem konnte nie abschließend geklärt werden.

__Politik versus Kultur? Ist Kultur politisch?__

Flora als politisches Kultur Zentrum. Das war eigentlich aller Idee und Wunsch.

Trotzdem entwickelten sich auch Spannungen zwischen denen, „die nur Konzerte machen" und den „Politlabertaschen". Von beiden Seiten her gab es Vorurteile, Aburteilungen und wenig Verständnis für die unterschiedlichen Tätigkeitsschwerpunkte. Politik und kulturelle Aktivitäten schienen sich auseinanderentwickelt zu haben. Dies hatte neue Gräben innerhalb des Plenums zur Folge.

Allerdings ist dies ein Beispiel für eine Diskussion, die ein recht positives Ergebnis gefunden hat, denn durch eine breitere Auseinandersetzung über einen politischen Kulturbegriff, hat sich dann für viele die Sicht der Dinge dahingehend verändert, daß kulturelle Aktivitäten auch mit politischem Inhalt und Ausdruck wahrnehmbar sind.

Doch leider forderte auch diese Diskussion ihren Preis, der einige Leute dazu brachte, das Plenum zu verlassen. Und der Austausch zwischen den „Kulturellen" und den „Politischen" innerhalb der Flora ist längst noch nicht ausreichend.

__Redestrukturen__

Dazu müssen wir wohl nicht mehr viel schreiben. Eine jede und auch einiger jeders kennen's von Plena. Und auch wir haben uns dutzendfach daran abgearbeitet und eigentlich nie ein Optimum gefunden. Schade, denn genau diese Redestrukturen, die geprägt sind von Ignoranz, Besserwisserei, Nicht-Ernst-Nehmen und Mackergehabe, machten es den von uns herbeigesehnten neuen Leuten doppel schwer, auf dem Plenum Fuß zu fa sen.

Hierarchien
Auch die gab`s bei uns: die Wichtigen und die weniger Wichtigen. Und wie so oft ging das meist Hand in Hand mit den oben genannten Redestrukturen und veranlaßte einige Leute, das Plenum zu verlassen.
Allerdings hatte dies nicht nur mit politischen Meinungen zu tun, die Einzelne gegenüber den „WortführerInnen" nicht durchsetzen konnten, sondern mindestens genausoviel mit der vorher schon erwähnten Cliquenbildung. Damit also, daß sich eine „Flora Family" etabliert hatte, in die einige aufgrund persönlicher und



auch politischer Differenzen nie reinkamen oder reinkommen wollten und von daher kaum noch Raum für sich hatten.

Soviel zu Diskussionspunkten, die so gut wie immer über dem Plenum schwebten und die Atmosphäre hier mitbestimmten.

Nun aber zurück zur nicht mehr ganz so verstaubten Mottenkiste.
Die Entwicklung von der engagierten Anfangsphase zum allmählichem Nachlassen des Enthusiasmus war auch von *verschiedenen geschichtlichen Flora Ereignissen* geprägt.

Die drohende und dann vollzogene *Zerstörung des Flora Parks* im Sommer *1991* war ein Punkt, der wieder viele Menschen in die Flora und auf das Plenum brachte. Ähnlich wie auch bei den Gesprächen mit der Senatorin Traute Müller 92/93 wuchs das Interesse und die Teilnahme am Plenum und übergreifender Floradiskussionen wohl auch durch die *Gefahr von außen, gegen die wir uns gemeinsam wehren mußten.* Der *Minimalkonsens „Wir wollen Flora und Park erhalten"* stand im Vordergrund und brachte ein Stück der Anfangseuphorie auf das Plenum zurück. (Bitter aber wahr) Für das Plenum war es sehr ermutigend zu sehen, wie vielen Menschen die Flora wichtig ist.
Nach der Parkräumung machte sich allerdings auch eine gewisse Desillusionierung breit, die bei einigen einen Rückzug aus der Flora wohl zumindest mitverursacht hat und auch die Atmosphäre auf dem Plenum nicht zu großer Motivation anspornte.

Die *Gespräche mit Senatsvertreterin Müller (92/93)* brachten starke inhaltliche Differenzen hervor. Einige Positionen konnten sich nicht durchsetzen und wurden auch nicht ernsthaft diskutiert. Diese Differenzen veranlaßten sogar eine ganze Gruppe, das Plenum nicht mehr zu besuchen.

Die *Alkoholdiskussion Ende 93* (also Frage ob Alk-Verkauf bei Konzerten oder Flora wie bisdahin gänzlich drogenfrei) war die letzte große Diskussion auf dem Plenum, in deren Endpunkt zum ersten Mal in der Geschichte der Roten Flora auf dem Plenum ganz offen und bewußt das Konsens Prinzip gebrochen wurde. Es war uns unmöglich eine für alle verträgliche Lösung in dieser Frage zu finden.

Nach dieser Diskussion gab es keine kontinuierlichen inhaltlichen Diskussionen mehr auf dem Plenum. Der Versuch, zu Kurdistan zu arbeiten versandete, ebenso wie verschiedene andere Versuche zu allgemeineren politischen Themen zu arbeiten. *Der Anspruch einer kontinuierlichen Diskussion auf dem Flora Plenum schien aufgesetzt und ohne konkrete Anhaltspunkte zu sein.*
Diese Erkenntnis ließ eine große *Unzufriedenheit* aufkommen. Das Plenum war enorm zusammengeschrumpft, neue Leute kamen nicht und die bestehende Gruppe konnte den Anspruch einiger, kontinuierlich zu politischen Themen zu arbeiten, nicht erfüllen. Es fehlte einfach der nötige Elan!
Was das Zusammenschrumpfen des Plenums angeht, so soll hier nicht der Eindruck entstehen, dies läge nur an unfruchtbaren Diskussionen auf dem Plenum. Auch ganz „banale" persönliche Gründe, wie *allgemeiner Rückzug aus der Politik oder politische Umorientierung, Mitarbeit in anderen Gruppen und Projekten,* spielen hierbei eine große Rolle. Die wenigsten Leute haben eine Ansage dazu gemacht, daß sie gehen und warum, und das Plenum hat diese Rückzugstendenzen eigentlich nie ernsthaft diskutiert und analysiert und dabei auch eigene Verantwortlichkeiten herausgearbeitet, sondern höchstens mal das Wegbleiben von Leuten beklagt.

Das gesamte letzte Jahr war auch auf dem Flora Plenum stark geprägt von *Sexismusdebatten,* die zuerst ihren Anlaß in Diskussionen außerhalb der Flora gefunden haben und sich dann aber auch zu einem Thema bezüglich der internen Strukturen entwickelt haben. Für die Frauen des Plenums wurde die Thematisierung des Faktes, daß es auch auf dem Plenum *festgefahrene sexistische Strukturen* gab, die sich sowohl am Verhalten einzelner Plenumsmänner, als auch an der gesamten Struktur festmachen ließen, unumgänglich. Daraus entstand die *Forderung der Plenumsfrauen nach einem Männerplenum,* auf dem sich die Männer mit ihrem Verhalten und bestimmten frauenfeindlichen, grenzüberschreitenden und mackermäßigen Ereignissen auf dem Plenum und im Plenumsumfeld auseinandersetzen sollten und endlich einen eigenverantwortlichen Umgang mit vorhandenen Mackerstrukturen erarbeiten sollten. Diese Auseinandersetzung des Männerplenums stellte sich als schwierig heraus und war lange nicht zur Zufriedenheit der Frauen (fehlende Transparenz, mehr Allgemeinplätze als Behandlung konkreter Vorfälle...). Parallel dazu verlief *Anfang 1994* eine *Verweigerung der Frauen inhaltlich gemeinsam mit den Männern auf dem Plenum zu reden und so gab es eine kurze Zeit ein reines Orga Plenum.* Im Zuge dieser Auseinandersetzung haben sich ebenfalls Leute vom Plenum zurückgezogen.



Zusammengefaßt
Für den gesamten Plenumsgeschichtsverlauf bewerten wir die *nachlassende Power/ Engagement und das schwindende Verantwortungsgefühl* als negativ. Ein weiterer zentraler Punkt der, unserer Meinung nach, äußerst unzuträglich für die Struktur und die Atmosphäre des Plenums war, ist die *mangelnde Bereitschaft, sich ehrlich auf Diskussionen einzulassen und weitgreifende Abgrenzungsmechanismen vieler Gruppen gegeneinander.* Dieser Punkt betrifft aber nicht nur das Plenum allein, sondern alle Menschen in der Flora! Es gab selten eine Form, *solidarische Kritik in Auseinandersetzungen* zu formulieren. Hiermit müssen sich unserer Meinung nach alle, die sich (auch) weiterhin in die Organisierung einer Flora Struktur einbringen wollen, auseinandersetzen, da dies ganz bestimmt -wie schon

gesagt- *kein plenumsspezifischer Aspekt ist.* Alle Flora Gruppen waren/ sind daran beteiligt, Abgrenzungsmechanismen nicht frühzeitig zu thematisieren und zu versuchen, sie aufzubrechen. Diese Mechanismen sehen wir im Nachhinein als ein Moment des Umgangs untereinander, welches unter anderem den Kollektivanspruch der Flora und des Plenums enorm behindert hat.
Positiv sehen wir die Thematisierung von Punkten wie Redestrukturen und Sexismus, die ganz viel mit uns, unserem Umgang untereinander zu tun hat. Inwieweit diese Auseinandersetzung bereits Früchte trägt, sei dahingestellt.

Das Plenum hat sich von einem großen buntgemischten heterogenen Haufen zu einer festen Gruppe entwikkelt. Der Grund des Plenumstreffens war nicht mehr vorrangig, viel in Flora zu machen und sich darüber auszutauschen, sondern die Wichtigkeit des Bestands eines autonomen Kulturzentrums, das sich auch nach außen verhält. Das Plenum wollte politische Aussagen nach außen tragen - und zwar solche, die Florameinung sind. Eine Florameinung gab es aber nicht mehr. An Diskussionen auf



dem Plenum beteiligte sich niemand neues mehr.
Das ganze Jahr *1994* war für uns von dieser Thematik geprägt; einhergehend mit der *eigenen Unzufriedenheit über die Situation („Wir werden unseren eigenen Ansprüchen nicht gerecht") und auch viel Kritik von außen.* Aber erst seit *Herbst 94* , nachdem das Plenum ein gemeinsames Diskussionswochenende verbracht hatte, war dies die alles bestimmende Frage:
Wie soll's weitergehen?
Die ersten Versuche, die Situation zu verändern, lagen darin, das *Plenum netter* zu *gestalten*, um eine *angenehmere Atmosphäre* zu schaffen, so daß die Leute mehr Bock kriegen zu kommen (Bürorenovierung, Zeit für Persönliches zu Anfang usw.) Die Frage, *warum kriegen wir keine kontinuierliche politische Diskussion hin,* sowie die Auseinandersetzung über *unsere politischen Ausdrucksformen* (die ja schon lange niemanden mehr - weder uns selber noch andere Menschen- vom Hocker reißen), wurde abgelöst durch die Diskussion, *sind wir eigentlich noch das Flora Plenum?* Weil wir selber unzufrieden und verunsichert waren, haben wir die Kritik von außen, die es schon viel länger gab, verstärkt wahrgenommen. Ausgehend von dieser Kritik stellten sich für uns folgende Fragen:

- Spiegeln wir als Plenum überhaupt die Florameinung wieder? Sind wir repräsentativ?
-Können wir überhaupt irgendwelche Entscheidungen treffen, oder sind wir nur das „politische ZK"?
- Haben wir noch eine Legitimation als Plenum?

Uns wurde bewußt, daß viele Leute das Plenum als Entscheidungsgremium nicht mehr akzeptierten und so einiges an Entscheidungen am Plenum vorbeilief.
Damit standen wir an einem Punkt, an dem wir als Plenum nicht mehr alleine weiterreden konnten. *Wir beschlossen, die Existenz des Plenums öffentlich zur Disposition zu stellen, und eine VV zu diesem Thema einzuberufen.* Denn die Struktur eines autonomen Zentrums bzw. deren Auflösung ist *Sache des gesamten Projektes.*
Im Vorfeld der VV trafen wir uns mit den meisten Gruppen aus der Flora, um genauer zu erklären, wie wir zu dieser Entscheidung gekommen sind, was wir uns erhoffen. Wir wollten zur Vorbereitung der VV alte Filme ansatzweise abbauen und mitkriegen, welche Fragen andere Gruppen zum Plenum im Kopf haben. Diese Gespräche erschienen uns zunächst produktiv. Allerdings laufen diese „alten Filme" zum teil immer noch, so daß wir das Gefühl haben, daß einige Kritikpunkte in diesen Gesprächen wohl gar nicht zur Sprache gekommen sind, so daß wir uns darüber hätten streiten können. *Danach gab es zwei VV's die sehr gut besucht waren und auf denen auch viel diskutiert wurde.*
Das Plenum löste sich nach der ersten VV auf. Das hatte unter anderem damit zu tun, daß wir als Plenum durch die einjährige Diskussion um die Krise und Perspektivlosigkeit des Plenumszusammenhanges *frustriert* und *ausgelaugt* gewesen sind und zum Teil auch die *Lust verloren* hatten. So stellte es für einige von uns eine ziemliche disziplinarische Leistung dar, in den Monaten vor den VV's überhaupt noch zum Plenum zu kommen.
Diese erste VV hatte zudem bei uns den Eindruck erweckt, daß sich sehr viele Leute, die in der Flora was machen, verantwortlich für einen Fortbestand bzw. eine Neuorganisation einer Flora Struktur fühlen und darin mitarbeiten würden. Besonders jüngere bzw. neuere Leute redeten auch sehr engagiert mit.
Nach der zweiten VV begann sich dann ein Orgarat zu konstituieren. Wie er genau aussehen soll und arbeiten wird, soll direkt auf den Orga Rat Treffen beredet werden. Eine *VV im Herbst* soll dann u.a. diskutieren, ob der Orga Rat, so wie er dann arbeitet, den Vorstellungen, die auf den vorherigen VV's von den Flora Gruppen herausgearbeitet worden sind, entspricht.
Auf den VV's kristallisierte sich die Meinung heraus, daß der *Schwerpunkt des Orga Rates auf organisatorischen Punkten liegen soll.* Tendenziell ging die Meinung dahin, daß *inhaltlich politische Diskussionen auf größere Extratreffen bzw. VV's ausgelagert werden sollen.*
Die Ex-Plenums-Leute sind teilweise auf dem Orga Rat vertreten. Es ist nicht so, daß sie sich jetzt von heute auf morgen gänzlich aus der Flora zurückziehen.
Aber:

In der Fortsetzungsromanreihe "Flora-Dein Leben, Dein Schicksal" stehen noch folgende Kapitel aus:

- Was hat die Umstrukturierung gebracht?
- Inwieweit hat sich durch den Orga Rat etwas verändert?
- Wie bringen sich die alten Plenums-Leute jetzt in die Flora ein?



Nein, im Ernst:
Für uns Ex-Plenums Leute sind noch sehr viele Fragen offen. Neben der Hoffnung, daß diese Neuorganisierung in der Flora den Kollektivanspruch neu beleben und umsetzen kann, gibt es auch Ängste dahingehend, daß politische Diskussionen weiterhin verstärkt aus der Flora verschwinden und/oder daß sich die Flora soweit verändert, daß Einzelne von uns sich ganz zurückziehen, weil ihre Ansprüche und Bedürfnisse dann keinen Raum mehr finden.
Trotz aller Spannungen und Differenzen untereinander, können wir uns noch nicht so ganz voneinander tren-

nen und treffen uns erstmal weiterhin, um die Geschehnisse und die Konsequenzen für uns persönlich aufzuarbeiten und neue Ideen zu entwickeln, wie wir uns weiterhin in Flora einbringen können. Denn unser aller Herz hängt an dem Kasten und einige Utopien haben durch die Auflösung des Plenums schon einen kleinen Knacks bekommen. Die Frage „Was nun?" ist für uns also längst noch nicht beantwortet.

Ideen, Aufmunterungen und Anregungen nehmen wir gerne entgegen! Von Beileidsbekundungen bitten wir Abstand zu nehmen!



Tschüß! Eure Ex-Plenums-Leute

Veröffentlichungen zu den Ereignissen in der Kampstr. 7

Erst einmal vorneweg: Wir wissen natürlich, daß unser Bericht unvollständig ist. Das kommt dadurch, daß wir auf den Sexismus, der andernorts an anderen Frauen ausgeübt wurde/wird, nicht nachrecherchieren können. Gleichzeitig ist aber auch der Bericht über unsere Erfahrungen unvollständig. Wir sind jedoch der Meinung, daß das, was wir von unseren Erfahrungen zusammengetragen haben, aussagend ist.

Am 27.5.95 besprühten wir (drei Frauen, darunter eine Bewohnerin und eine ehemalige Mitbewohnerin) das Treppenhaus in der Kampstr. 7! Anlaß dafür waren sexistische Äußerungen und sexistisches Verhalten, das von Bewohnern und Bewohnerinnen ausging/ausgeht. Noch am selben Abend waren über unsere feministischen Sprüche Parolen wie:"Frauen an den Herd", "Frauen in die Küche", "Frauen schlagen, bis sie willig sind", "Frauen den Mund verbieten" und "Schlampen" über einem Lesbenzeichen zu lesen. Zu guter Letzt war ein riesiger abspermender Schwanz und darüber "Emanzen" auf die Tür der Bewohnerin geschmiert worden, die an den Sprühereien beteiligt war. Daraufhin ging sie zu Haymo, einem Bewohner des Hauses, der ihr und anderen schon oft durch übelstes sexistisches Verhalten aufgefallen war. Ihr Verdacht wurde sofort bestätigt, indem Haymo offen zugab, die Schmierereien begangen zu haben. Am nächsten Morgen (28.5.95) wurde die Bewohnerin durch drei oder vier gröhlende BewohnerInnen geweckt, indem sie sie angepöbelt haben und ihr vorwarfen, die Sprüche seien eine reine Provokation. Sie wurde stark unter Druck gesetzt und bedroht. Unter anderem wurde von ihr verlangt, sie hätte die Parolen zu entfernen. Im Laufe des Tages wurde sie von mehreren BewohnerInnen immer wieder in die Enge getrieben, so daß sie sich in der Position befand, in der sie sich für ihre "Tat" rechtfertigen mußte. Unter anderem wurde ihr vorgeworfen, daß "politische Parolen" (nämlich antisexistische und antipatriarchale) in einem unpolitischen Haus nichts zu suchen hätten, und die Parolen eine Spaltung (einen Kleinkrieg) innerhalb des Hauses ausgelöst hätten (In diesem "unpolitischen Haus" wohnen die ehemaligen BesetzterInnen der Sternstr. 107). Am Abend des 28.5.95 kamen drei Frauen, die von den üblen Vorfällen in dem Haus gehört hatten und solidarisierten sich sofort mit den drei Sprüherinnen. Als eine von uns am Dienstag Vormittag (30.5.95) in der Gegenwart von Haymo andeutete, daß sie sich mit einigen Frauen nochmal zusammensetzen würde (gemeint war das Plenum der Sprüherinnen), versuchte Haymo sie auszuquetschen (mit wem denn, worüber denn usw.) und meinte daraufhin,"er würde mal bei dem Frauenplenum vorbeikommen, sind bestimmmt viele geile Frauen dabei, die er ficken kann. Außerdem gäbe es ja keine Konkurrenz, da er der einzige Mann wäre! Diesen Vorfall erwähnte die Frau zögerlich auf dem Plenum der Sprüherinnen. Daraufhin gingen wir drei Frauen mit einer weiteren Sypathisantin zu Haymo und stellten ihn zur Rede. Es war eine aggressionsgeladene Stimmung, in der sich bei uns viel Verbitterung und Wut entwickelte. Was dabei letztlich herauskam, war, daß Haymo uns erklärte, er würde sich als Sexisten sehen, wir könnten von ihm aus noch die ganze Nacht verweilen, es wäre ihm scheißegal, was wir erzählen, er würde sich eh nicht ändern. Äußerst verwegen wurde es, als er uns vorwarf, wir wären intolerant (nicht für freie Meinungsäußerung). Zitat:"Ich habe schon immer das getan, was ich wollte und ich werde mir von euch nix verbieten lassen!" Ein Gespräch war, wie wir feststellten, nicht möglich und wir gingen ziemlich aufgebracht wieder. Am darauffolgenden Tag trafen wir und zwei Sympathisantinnen uns, um vor dem hausinternen Plenum, das an diesem Abend stattfinden sollte, unsere Ängste und Befürchtungen noch einmal zu besprechen, da wir uns auf dem Plenum zu den Vorfällen im Haus äußern wollten. Auf dem Weg zu einer Telefonzelle wurden zwei von uns am Bahnhof Sternschanze von Haymo und einem weiteren Typen namens Mücke durch sexistisches, mackerhaftes Verhalten und Rumgepose belästigt. Auf dem Weg zurück (zum Haus K 7) wurden wir zwei von Flo (einem weiteren Typen aus dem Haus) in ein Gespräch verwickelt, in dem er kurze Zeit darauf anfing, uns anzubrüllen. Worauf eine von uns zurückbrüllte und dieses Hin- und Hergestreite noch eine Weile anhielt, bis Flo sich für eine kurze Zeit beruhigte und die "Diskussion" in gemäßigter Lautstärke weiter verlief. Nach einem kurzen Wortwechsel fing Flo wieder an loszubrüllen, woraufhin dieselbe Frau erklärte, sie wäre unter diesen Umständen nicht bereit, das "Gespräch" weiterzuführen. Als sie daraufhin ging, brüllte Flo ihr übelste Dinge hinterher, unter anderem auch, daß er Votzen ficken sagen würde, so oft es ihm paßt. Diese Szene beobachtete ein Mann, der dies Frauenzusammenhängen schilderte, woraufhin sich ca. zwanzig Frauen und zwei Männer vor dem Haus versammelten, um am Plenum teilzunehmen. Gleich bei Plenumsbeginn war die Frontbildung klar. Die drei Sprüherinnen und die Sympathisantinnen vertraten ganz klar eine antisexistische/antipatriarchale Position, in der die Typen aus dem Haus stark kritisiert und angegeriffen wurden. Von den zwei Hausbewohnern, die sich in vorhergegangenen Gesprächen mit uns solidarisierten, verhielt sich zumindest einer auf dem Plenum passiv, woraus wir schließen, daß er die Auseinandersetzung mit den HausbewohnerInnen umgehen will. Die Frauen aus dem Haus, die an dem Plenum teilnahmen, bezogen hier keine Stellung. Aufgrund der Anwesenheit der zwanzig sympathisierenden Frauen sahen sich auch Mücke und Dany berechtigt, am Plenum teilzunehmen und sich durch besonders provokantes Verhalten hervorzutun. Im Laufe der "Auseinandersetzung" (es war ein einziges Rumgebrülle) kam Mücke uns Frauen bedrohlich nah. Schockierend war, daß Dany als Frau die Standpunkte der Sexisten deutlich vertrat. Zitat: "Jetzt möchte ich als Frau mal was dazu sagen. Ihr seid doch alle dumm. Wenn

einer Votze zu euch sagt und euch das nicht paßt, dann tretet ihm doch einfach in die Eier."Und wie die Typen war sie der Auffassung, daß es im Haus keinen Sexismus gäbe. Sexismus definierten sie mit Vergewaltigung. Zitat: "Wurde hier im Haus etwa schon mal 'ne Frau vergewaltigt?!" Auch Haymo bepöbelte uns lautstark und der Höhepunkt war, daß er sich als Opfer von "Radikalfeministinnen" sah. Zitat: "Da stürmten dann auf einmal vier schwarz gekleidete Frauen in meine Wohnung und so 'nä...?!" Auf die Frage einer der "Radikalfeministinnen", was er denke, weshalb wir gekommen sind, sprang er mit hochrotem Kopf auf und brüllte: "weil ich euch ficken wollte!" Es war eine durchgehend agressive Stimmung, in der von Anfang an keine Diskussion möglich war. Das Plenum löste sich auf, weil die BewohnerInnen nach und nach den Raum verließen. Für uns war nach dem Ablauf des Plenums klar, daß für uns keine Auseinandersetzung in Form von Gesprächen und Diskussionen möglich sein wird. In der folgenden Zeit folgte von den meisten BewohnerInnen des Hauses ignorantes, aggressives und/oder provokatives Verhalten. Wir können diesen Zustand nicht länger hinnehmen. Immer werden Frauen am Bahnhof oder "linken Zentren" z.B. LiZ, Rote Flora,... von Männern aus diesem Haus sexistisch belästigt.

Deshalb fordern wir:
-den Anwalt auf, dieses Haus nicht länger zu verteidigen
-die beteiligten Wohnprojekte auf, die Arbeit mit der K 7 einzustellen
-sofortiger Rausschmiß von Haymo und Kröte
-Stellungnahmen der einzelnen BewohnerInnen zu den Vorfällen und ihrem eigenen
Verhalten
-Diskussionen innerhalb der hausinternen Plena und zwar in Form einer ernsthaften
Auseinandersetzung und zwar protokolliert
- Ändert sich das Verhalten der BewohnerInnen nicht, weitere Auszüge
- das Verhalten aller dazu, in vielfältigen Aktionsformen
- kein Geld für schnorrende SexistInnen

Unser Flugblatt wollten wir eigentlich zeitgleich mit dem Flugblatt der zwei Bewohner veröffentlichen. Da die beiden sich bis heute aber noch nicht schriftlich dazu
verhalten haben, wissen wir nicht, was wir von ihnen noch zu erwarten haben. Für die Bewohnerin sind die Zustände so unzumutbar geworden, daß sie jetzt ausgezogen ist.



News von Laue

Nachdem NIMM 2 bereits vor einigen Monaten ein Finanzierungsangebot für die Ludwigstraße 8 erarbeitet hatte und dieses über den Projektleiter der BOSW (Eigentümergesellschaft des Laue-Geländes), Thomas Lange, den Investoren zukommen ließ, gab es für Freitag, 22.09.95, einen Gesprächstermin mit Lange. Dabei sollte er uns eine verbindliche Aussage der Eigentümer bezüglich unseres Kaufangebotes übermitteln. Dies war der eigentlich geplante Inhalt dieser Zusammenkunft.

Wir haben jedoch aufgrund der Ereignisse der letzten Tage auf dem Laue-Gelände dieses Gespräch kurzfristig anderweitig verplant.

Während des Schanzenviertel-Straßenfestes, am 16.09., öffneten einige Leute den ehemaligen Pudels Club an der Ecke Kamp-/Schanzenstraße und verliehen damit ihren Forderungen Nachdruck, dieses Haus als autonomes Infocafe nutzen zu wollen. Polizei und Eigentümer schritten bis zum darauffolgenden Montag erstmal nicht ein. Dann kam allerdings besagter Projektplanungsleiter, Thomas Lange, mit zwei Zivibullen der Wache 16 in das Haus und stellte den Leuten dort ein Ultimatum, das Haus bis Dienstag, 24 Uhr zu verlassen. Darauf gingen die Leute dort ein und das hatte fatale Folgen:

Denn bereits am nächsten Morgen fuhren Abrißbagger ins Schanzenviertel ein und begannen kurzerhand damit, das als Infocafe geforderte Haus abzureißen!

Das werten wir als absolute Provokation und Machtdemonstration seitens der Eigentümer, bzw. als neue Dimension, Besetzungen und autonome Nutzung leerstehender Gebäude auf dem Laue-Gelände zu verunmöglichen.

Für uns war danach klar, daß wir uns unter diesen Umständen nicht einfach so mit Lange zusammensetzen und über das von uns geforderte Haus reden. Denn neben monatelanger Hinhaltetaktik wurden auch wir von den Investoren (in Zusammenarbeit mit Lange), eine Woche zuvor vor vollendete Tatsachen gestellt. Da war nämlich das von Lange und einem anderen Typen, namens Nuygen (oder so ähnlich geschrieben), geleitete Projektplanungsbüro im Auftrag der BOSW in den ersten Stock der Ludwigstraße 8 gezogen, um dort für ca. 3 Jahre zu bleiben. Das Haus, welches die Eigentümer von sich aus für einen eventuellen Verkauf ins Gespräch gebracht hatten, und über welches wir in Verhandlungen getreten waren, ist nun also für drei Jahre nicht für unser Wohnprojekt nutzbar.

Auch dies werten wir als totalen Affront gegen uns und unsere Gesprächsbereitschaft, der für uns belegte, daß die Eigentümer kein ernsthaftes Interesse daran haben, Wohnprojekten Häuser auf dem Laue-Gelände zu überlassen.

Nach dem Abriß des ehemaligen Pudels-Club schlossen wir uns mit den Infocafe-Leuten kurz und gingen gemeinsam zu dem Gesprächstermin mit Lange, wo auch Nuygen anwesend war. Wir wollten auf den Abriß des Eckhauses reagieren und die beiden Projektleiter davon in Kenntnis setzen, daß wir so nicht mit uns umgehen lassen und daß sie mit einer solchen Vorgehensweise Wut und Aggressionen schüren. Die beiden reagierten mit ziemlichem Unverständnis auf diese Unmutsäußerungen. Sie betonten ständig ihren "guten Willen" und ihre "Gesprächsbereitschaft". "Die Türen des Projektplanungsbüros in der Ludwigstraße 8 stehen ihnen immer offen." Nur: die Einschränkung dieser Gesprächsbereitschaft besteht darin, daß die Leute bevor sie was wollen zu ihnen kommen sollen, dann ließe sich bestimmt was finden...
Aber: *"Mit Besetzern verhandeln wir nicht."*
Es sei somit allen Wohnungssuchenden hiermit empfohlen durch die "offenen Türen des Projektplanungsbüros" zu gehen und Langes Aussage zu überprüfen, daß sie Häuser auf dem Laue-Gelände zur Nutzung freigeben!!
Die beiden Projektplanungschefs der BOSW räumten den Infocafe-Leuten eine Option auf ein anderes Gebäude auf dem Laue-Gelände ein, welches sie befristet für ihr Infocafe nutzen könnten. Was daraus wird, bleibt abzuwarten.

Was NIMM 2 und unsere Forderungen nach verbindlichen Aussagen der Investoren zu unserem Kaufangebot betrifft, hatten Lange und Nuygen dieses Mal wirklich mit den Eigentümern abgestimmte Vorschläge dabei. Der alternative Baubetreuer "Stattbau" hatte im Auftrag von NIMM 2 für die Ludwigstraße 8 einen Kaufpreis von 1,1 Mio. DM (Ankauf durch die Schanze-Genossenschaft) errechnet. Dieses ist den Eigentümern zu wenig. Sie wollen, sage und schreibe, 2,3 Mio. DM; wobei sie uns für die Differenz dieser beiden Beträge einen "günstigen Kredit (sogenannte 1A Hypothek zu 6,25% Zinsen, was deutlich unter üblicher Verzinsung liegt) mitliefern würden", damit wir die Summe auch finanzieren können. Auf die Frage, wie denn ein so viel höherer Preis errechnet worden ist, wurde uns die dreiste (aber zumindest ehrliche) Antwort gegeben, daß sich diese Summe aus dem Kaufwert des Hauses plus der angefallenen Kosten zusammensetzt. Das heißt im Klartext:
Wir sollen die Schweinereien der Eigentümer, Häuser jahrelang leerstehen und verotten zu lassen, gegen die wir seit Jahren kämpfen, bezahlen.
Was dieser höhere Kaufpreis bezüglich der uns dann zu erwartenden Miete und Selbstbeteilgung bedeuten würde, wird jetzt errechnet. Wir werden dann diskutieren, ob dieses Angebot für uns akzeptabel ist. In diese Diskussion fließt natürlich, nicht zuletzt, auch die Frage ein, ob wir als Wohnprojekt bereit sind, die Kosten zu übernehmen, für die die Eigentümer höchstpersönlich verantwortlich sind.
Wir werden Euch weiterhin über Stand und Entwicklung dieser Diskussion und eventueller weiterer Verhandlungen auf dem Laufenden halten.

Einige Leute von NIMM 2



Frühstücken SONNTAGS VON 11-18 UHR

UNTER EINEM ANDEREN STERN

Rundstücken NACH LANGER NACHT

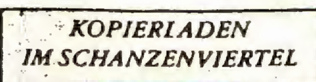
Spätstücken

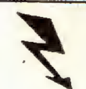


im FRITZ BAUCH









SCHANZEN-BLITZ

Normalkopie 10 Pfennig
Laser – Farbkopien,
Telefaxservice, Schreibwaren
Nacht- und Wochenend-Notdienst, nach Absprache

Bartelsstrasse 21
20357 Hamburg
Tel.: 430 41 56
Fax: 430 41 57
Öffnungszeiten:
Mo-Fr: 10.00 - 18.30
Sa: 10.00 - 14.00

Imbiß International

Schulterblatt 69
20357 Hamburg
(früher: Weiße Ecke)





Große Brunnenstraße 55a

Frühstück 10 - 14 Uhr
Sonntagsbuffet 10 - 15 Uhr

EISVERKAUF

PROGRAMM
Oktober

4. Mi.	**Live-Konzert** Cocksosters, Cosmozaloon
6. Fr.	**Seventies-Disco**
7. Sa.	**Hitparade von 1970 - 95**
13. Fr.	**Tanzabend** (Soul, Funk, Hip Hop)
14. Sa.	**Forgotten Rebels** (Punk, Independent, Wave)
20. Fr.	**Urban Dragon** (Hip Hop, Black Music)
21. Sa.	**Reggae-Allnigter** (Ska, Roots, Raggamuffin)
27. Fr.	**Salsa-Tanznacht**
28. Sa	**Critical Condition Club**
jeden Donnerstag	***Ska & Soul*** mit Dj's Felix und Wörli. Eintritt frei. 21:00 Uhr

Alle Veranstaltungen beginnen um 22:00 Uhr.
Kosten: 3,- DM + Verzehr

wir bestellen jedes Buch!

FRAUEN BUCHLADEN & CAFÉ

Bismarckstraße 98 • 2000 Hamburg 20

Tel : 040 / 420 47 48

Mo bis Fr 10 h bis 18 h 30
Sa 10 h bis 14 h
U-Bahn Hoheluft (U 3)
mit Rollstuhl befahrbar



3001 KINO

3001 KINO BETRIEBS-GMBH • SCHANZENSTRASSE 75-77 • 2000 HAMBURG 36

BUCHHANDLUNG IM SCHANZENVIERTEL

c/o DIE DRUCKEREI

LITERATUR + POLITIK	KINDERBUCH + PÄDAGOGIK
SCHULTERBLATT 55	SCHANZENSTRASSE 6
2000 HAMBURG 36	2000 HAMBURG 36
TEL. 040/430 08 08	TEL. 040/430 08 88
FAX 040/43 38 11	SPIELE 040/439 68 32
	FAX 040/43 38 11

Montag – Donnerstag 9.30 – 18.00 Uhr
Freitag 9.30– 18.30 Uhr, Samstag 10.00 – 14.00 Uhr



kool music und quirliges easy listening im oktober:

rote flora.

2.10. Konzert: Sabot und Die Auch (Bremen). Halle 21 Uhr.
8.10. Vollmondorchester. Halle 21 Uhr.
13.10. Hammerheart-Soundsystem. Ragga/Dancehall. Keller 21 Uhr.
18.-25.10. Fotoausstellung zum Abschiebeknast Glasmoor. Vokü, zu den regulären Öffnungszeiten.
19.10. Soliparty für die schwul/lesbischen Filmtage. Halle 21 Uhr.
20.10. Konzert: Hedonist und 2nd Kind.
Hedonist aus San Francisco haben nicht nur einen schönen Namen, sondern setzen sich darüberhinaus aus ehemaligen Musikern von Bomb und Assassins of God zusammen. Sie spielen großartigen Rock, der viel mit Hüsker Dü zu tun hat, dabei aber keine dumpfe, retardierte Kopie darstellt. 2nd Kind aus Lübeck sind schneller und härter geworden als ihr Ruf. 21 Uhr.
21.10. Dub Encounter Chapter 4. Keller, 22 Uhr.
29.10. Dub Poetry: Jean 'Binta' Breeze. Tanz und Tee ab 16 Uhr.
3.11. Konzert: mit vier Hamburger Bands. Leoncavallo, 21 Uhr.
4.11. Soundclash: Love Tank vs. Crucial Vibes. Halle 21 Uhr.

störtebeker.

2.10. Konzert: Fleisch (Zürich) und House of Suffering (Köln), 21 Uhr.
6.10. Konzert: Die Unbezahlbaren (Kiel), Meduza Machine (NL) und Dackelblut (HH), 21 Uhr.
21.10. Konzert: Hiatus (Belgien) und Hellkrusher (UK), 21 Uhr.
28.10. Konzert: Surrogat (B) und Zeni Geva (Japan), 21 Uhr.

onkel otto.

(Fr und Sa ab 17 Uhr Kneipe)
5.10. Tonny in der Rock`n`Roll Beatwaschküche.
12.10. Dufte Musik vom Plattenteller: Punkrock, Disco, Schlager.
19.10. Bastard Dub Disease: Dub, Tri Top, Dubhouse.
26.10. Sugar Chicken: Dancehall, Soul.

juz kaltenkirchen.

12.10. Konzert: But Alive (Punkrock aus HH) und I Spy (HC/Kanada), 20 Uhr.

woanders.

23.10. "Frauen in den Bergen Nicaraguas" Internationaler Treffpunkt für Frauen und Mädchen, Marktstraße 119, 19 Uhr.
25.10. Nicaragua-Vokü, Musik, Theater und Infos. Libertäres Zentrum ab 18 Uhr.
27.10. Konzert mit Adiac Hualpa, Theater mit Lantaro, Informationen zur Basisarbeit in Nicaraguas Norden. Haus für Alle, 20 Uhr.